

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2007 — 1128

[C – 2007/33011]

18. DEZEMBER 2006 — Dekret über die Zulassung der Privaten Arbeitsvermittler (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen und Definitionen

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter:

1. Vermittlung: Die unter Nr. 2 bis 10 des vorliegenden Artikels erwähnten Dienstleistungen und dies unabhängig von genutzten Kommunikationsmittel.

2. Arbeitsvermittlung: Die Dienstleistung eines Arbeitsvermittlers zu Gunsten eines Arbeitnehmers mit dem Ziel, ihm einen Arbeitsplatz zu verschaffen, ohne dass der Arbeitsvermittler dadurch zu einer Partei des Arbeitsverhältnisses wird, das sich aus der Arbeitsvermittlung ergeben kann.

3. Personalanwerbung und -auswahl: Die Dienstleistungen zugunsten eines Arbeitgebers mit dem Ziel, einen Arbeitnehmer einzustellen.

4. Zeitarbeitsvermittlung: Die Beschäftigung eines Zeitarbeitnehmers gemäß Kapitel II des Gesetzes vom 24. Juli 1987 über die zeitweilige Arbeit, die Aushilfsarbeit und die Leiharbeit mit dem Ziel, ihn einem Nutzer zur Verfügung zu stellen.

5. Eingliederung: Die Dienstleistung mit dem Ziel, einen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten Arbeitnehmer im Hinblick auf seine Berufslaufbahn und unter Berücksichtigung seiner individuellen Fähigkeiten und Kenntnisse zur Erhöhung seiner Chancen auf eine dauerhafte Beschäftigung intensiv zu begleiten.

6. Outplacement: Die Dienstleistung im Auftrag und finanziell zu Lasten eines Arbeitgebers mit dem Ziel, einem von Kündigung bedrohten oder gekündigten Arbeitnehmer bei der eigenen Arbeitsuche zu helfen.

7. Ausbildungsvermittlung: Die Dienstleistung, Auszubildende mit Arbeitgebern zur Schaffung eines Ausbildungsverhältnisses zusammenzuführen, einschließlich der Vermittlung von Au-pair-Jugendlichen.

8. Künstlervermittlung: Die Dienstleistung, Künstler, insbesondere Schauspieler, Sänger, Tänzer, Varieté-Künstler, Zirkusartisten, Mannequins, Musiker, Dirigenten, Choreographen und Statisten, gegen Gage für Proben, Vorführungen und Aufzeichnungen zu vermitteln.

9. Sportlervermittlung: Die Dienstleistung, Sportler für Wettkämpfe, Turniere oder Meisterschaften, für die sie eine Bezahlung erlangen, zu vermitteln.

10. Andere Vermittlungsdienstleistungen: Die von der Regierung nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegten Dienstleistungen.

11. privater Arbeitsvermittler: Jede vom Arbeitsamt gemäß Nr. 17 des vorliegenden Artikels unabhängige juristische oder natürliche Person, die selbst oder durch eines Dritten Vermittlungen gemäß Nr. 1 des vorliegenden Artikels, sei es als Haupt- oder Nebentätigkeit, sei es kostenpflichtig oder kostenlos, sei es mit oder ohne Gewinnerzielungsabsicht, unter gleich welcher Bezeichnung für sich oder zu Gunsten eines Dritten anbietet bzw. durchführt, einschließlich der autonomen Gemeinderegien, die im Sinne von Artikel 1 Nr. 16 des Königlichen Erlasses vom 10. April 1995 zur Bestimmung der Tätigkeiten industrieller oder kommerzieller Art, für die der Gemeinderat eine mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete autonome Gemeinderegierung gründen kann, Vermittlungen anbieten bzw. durchführen.

12. Arbeitnehmer: Die natürliche Person, die eine berufliche Tätigkeit unter der Weisungsbefugnis eines Arbeitgebers oder als Selbstständiger ausübt oder ausüben möchte.

13. Arbeitgeber: Die natürliche Person oder die juristische Person, die die Dienstleistungen eines Arbeitsvermittlers zwecks Einstellung einer Person in Anspruch nimmt oder als Nutzer die Aufgaben eines Zeitarbeitnehmers festlegt oder deren Ausführung überwacht oder im Rahmen eines Ausbildungsverhältnisses die Aufgaben eines Auszubildenden festlegt und deren Ausführung überwacht.

14. Auszubildender: Die natürliche Person, die unter der Weisungsbefugnis eines Arbeitgebers Tätigkeiten mit dem Ziel des Erwerbs einer beruflichen Qualifikation ausübt, unabhängig davon, ob sie dabei der Schulpflicht im Sinne des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht unterliegt oder nicht.

15. Wirtschafts- und Sozialrat: Der Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft, so wie er durch das Dekret vom 26. Juni 2000 zur Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffen wurde.

16. Regierung: Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

17. Arbeitsamt: Das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, so wie es durch das Dekret vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffen wurde.

Art. 2 - Vorliegendes Dekret findet im deutschen Sprachgebiet Anwendung:

1. auf jede durch einen privaten Arbeitsvermittler angebotene bzw. erbrachte Vermittlung;

2. auf jeden Auszubildenden, Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Es findet keine Anwendung auf:

1. die Vermittlung von Seeleuten gemäß Konvention Nr. 9 über die Vermittlung von Seeleuten, angenommen am 10. Juli 1920 von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation und ratifiziert durch das Gesetz vom 6. September 1924;
2. das Auswahlbüro der Föderalverwaltung (SELOR);
3. die Anwerbsdienste der belgischen Streitkräfte;
4. die Vermittlung von Personal im Rahmen des Systems der Dienstleistungsschecks gemäß Gesetz vom 20. Juli 2001 zur Förderung der Entwicklung von Dienstleistungen und Arbeitsplätzen im Nahbereich;
5. die einfache Veröffentlichung von Stellenangeboten und -nachfragen und dies unabhängig vom genutzten Kommunikationsmittel;
6. die Vermittlung von Künstlern, insofern die Vermittlung ausschließlich für einen bestimmten Künstler oder eine bestimmte Künstlergruppe erfolgt oder insofern die Vermittlung für einen Verwandten ersten Grades erfolgt;
7. die Vermittlung von Sportlern, insofern die Vermittlung ausschließlich für einen bestimmten Sportler oder eine bestimmte Mannschaft bzw. Mannschaften eines bestimmten Vereins erfolgt oder insofern die Vermittlung für einen Verwandten ersten Grades erfolgt.

KAPITEL II — Erteilung der Zulassung für die Privaten Arbeitsvermittler

Abschnitt 1— Allgemeine Bestimmungen

Art. 3 - § 1 - Die Vermittlung durch einen privaten Arbeitsvermittler bedarf einer vorherigen Zulassung des privaten Arbeitsvermittlers durch die Regierung. Die Zulassung erfolgt für die jeweilige Art der Vermittlung.

§ 2 - Die Regierung kann nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialrates im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer oder mit dem Ziel, eine bessere Entsprechung von Arbeitsangebot und -nachfrage zu erreichen, festlegen:

1. die Kategorien Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, für die Vermittlungen verboten sind;
2. die Kategorien Arbeitnehmer, Arbeitgeber oder private Arbeitsvermittler, für die Vermittlungen zusätzlichen durch die Regierung festgelegten Bedingungen unterworfen sind;
3. die Kategorien Arbeitnehmer und Vermittlungen, für die der private Arbeitsvermittler in gleich welcher Form eine Entschädigung seitens des Arbeitnehmers, nach dessen vorherigem und schriftlichem Einverständnis, einfordern oder annehmen darf.

Abschnitt 2 — Zulassungsbedingungen für private Arbeitsvermittler

Art. 4 - Die vorherige Zulassung eines privaten Arbeitsvermittlers, der über eine feste Niederlassung auf dem deutschen Sprachgebiet verfügt, unterliegt folgenden Bedingungen:

1. Wenn der private Arbeitsvermittler eine juristische Person ist, muss er als Handelsgesellschaft mit dem Haupt- oder Nebenzweck, Vermittlungen im Sinne von Artikel 1, 1., des vorliegenden Dekretes zu erbringen, gegründet sein oder als V.o.E eingetragen sein.
2. Wenn der private Arbeitsvermittler eine natürliche Person ist, muss er in die zentrale Unternehmensdatenbank gemäß Gesetz vom 16. Januar 2003 über die Schaffung einer zentralen Unternehmensdatenbank eingetragen sein.
3. Sich weder in Konkurs noch in offenkundiger Zahlungsunfähigkeit befinden, noch Gegenstand eines Konkursöffnungsverfahrens sein, noch einen gerichtlichen Vergleich beantragt oder ihn erhalten haben.
4. Unter seinen Verwaltern, Geschäftsführern, Handlungsbevollmächtigten oder anderen Personen, die befugt sind, den privaten Arbeitsvermittler zu vertreten, dürfen sich keine Personen befinden:
 - a) die Personalangehörige oder Verwaltungsratsmitglieder öffentlicher Arbeitsverwaltungen sind;
 - b) denen auf Grund der Gesetzgebung, die bestimmten Verurteilten und Konkurschuldnern verbietet, bestimmte Funktionen, Berufe oder Tätigkeiten auszuüben, und die den Handelsgerichten das Recht gibt, diese Verbote auszusprechen, verboten wurde, solche Funktionen, Berufe oder Tätigkeiten auszuüben;
 - c) die sich in den fünf Jahren vor dem Antrag auf Zulassung für die Verpflichtungen oder Schulden einer in Konkurs gegangenen Gesellschaft verantworten mussten in Anwendung der Artikel 229 Nr. 5, 265, 315, 456 Nr. 4 und 530 des Gesellschaftsgesetzbuches;
 - d) denen bürgerliche und/oder politische Rechte aberkannt wurden;
 - e) die in den fünf Jahren vor dem Antrag auf Zulassung ihren Verpflichtungen im Rahmen des vorliegenden Dekretes über die Zulassung der privaten Arbeitsvermittler oder des Dekretes des Wallonischen Regionalrates vom 27. Juni 1991 über die Zulassung der Zeitarbeitsbetriebe oder der in Artikel 1 des Dekretes vom 5. Februar 1998 über die Überwachung und Kontrolle bezüglich der Beachtung der Gesetzgebungen im Bereich der Beschäftigungspolitik aufgelisteten gesetzlichen Bestimmungen oder auch im Rahmen der entsprechenden Ausführungserlasse nicht nachgekommen sind;
 - f) die in den fünf Jahren vor dem Antrag auf Zulassung ihren steuerlichen oder sozialen Pflichten nicht nachgekommen sind; ein Rückzahlungsplan, der den Auflagen entsprechend eingehalten wird, gilt jedoch nicht als Verstoß gegen die steuerlichen und sozialen Pflichten.

5. Über die von der Regierung für die jeweilige Art der Vermittlung festgelegte berufliche Kompetenz verfügen.

6. Die finanzielle Sicherung der angestrebten Tätigkeit als privater Arbeitsvermittler auf Basis eines Unternehmensplans unter Beweis stellen.

Art. 5 - Um die vorherige Zulassung für Zeitarbeitsvermittlung auf dem deutschen Sprachgebiet zu erhalten, muss der private Arbeitsvermittler, der über eine feste Niederlassung auf dem deutschen Sprachgebiet verfügt, über die in Artikel 4 festgelegten Bedingungen hinaus folgende zusätzlichen Bedingungen erfüllen:

1. als eine Handelsgesellschaft gegründet sein;
2. keine steuerlichen Rückstände und keine rückständigen Beiträge gegenüber dem Landesamt für soziale Sicherheit oder gegenüber einem Fonds für Existenzsicherheit haben. Ein Rückzahlungsplan, der den Auflagen entsprechend eingehalten wird, gilt jedoch nicht als Verstoß gegen die steuerlichen und sozialen Pflichten.

Abschnitt 3 — Gleichgestellte Zulassungsbedingungen

Art. 6 - § 1 – Die vorherige Zulassung eines privaten Arbeitsvermittlers, der nicht über eine feste Niederlassung auf dem deutschen Sprachgebiet verfügt, unterliegt folgenden Bedingungen:

1. Wenn er über eine feste Niederlassung in der Region Brüssel-Hauptstadt, in der Flämischen Gemeinschaft oder in der Wallonischen Region verfügt, den Beweis erbringen, dass er in der entsprechenden Region oder Gemeinschaft Zulassungsbedingungen erfüllt, die denen des vorliegenden Dekretes gleichwertig sind. Die Regierung entscheidet über die Gleichwertigkeit.

2. Wenn er über eine feste Niederlassung in einem EU-Mitgliedstaat oder in einem Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes verfügt, den Beweis erbringen, dass er in seinem Herkunftsland Zulassungsbedingungen erfüllt, die denen des vorliegenden Dekretes gleichwertig sind. Die Regierung entscheidet über die Gleichwertigkeit.

3. Wenn er über eine feste Niederlassung außerhalb der Europäischen Union oder eines Mitgliedstaates des Europäischen Wirtschaftsraumes verfügt, die Zulassungsbedingungen des vorliegenden Dekretes erfüllen und den Nachweis erbringen, dass er in seinem Herkunftsland als privater Arbeitsvermittler seit zumindest zwei Jahren tätig ist.

§ 2 – Die Regierung kann von einer vorherigen Zulassung eines privaten Arbeitsvermittlers, der nicht über eine feste Niederlassung auf dem Gebiet deutscher Sprache verfügt und im Wesentlichen über das Internet als privater Arbeitsvermittler tätig ist, absehen.

Abschnitt 4 — Zulassungsverfahren

Art. 7 - § 1 – Die Zulassung wird von der Regierung entsprechend den im vorliegenden Kapitel festgelegten Bedingungen erteilt.

Die Regierung legt das Zulassungsverfahren und die dabei vorzulegenden Dokumente und Belege fest.

§ 2 – Die Regierung erteilt die Zulassung für eine unbegrenzte Dauer. In begründeten Einzelfällen kann die Regierung die Zulassung auf einen Zeitraum von zwei Jahren begrenzen.

§ 3 – Alle Entscheidungen werden dem Antragsteller per Einschreiben mitgeteilt und per Auszug im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht.

Art. 8 - Der Antragsteller übermittelt der Regierung alle zusätzlichen Dokumente, Belege und Informationen, die die Regierung für nützlich erachtet, um die Gewährleistung der Zulassungsbedingungen zu überprüfen. Der Antragsteller kann auf seinen schriftlichen Antrag hin durch die Regierung angehört werden.

Art. 9 - Der Antragsteller teilt der Regierung die Adresse in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit, an der auf dem Postwege nicht oder schwer zustellbare Dokumente und Belege zur Einsichtnahme durch die Regierung zur Verfügung stehen.

Art. 10 - Im Falle einer Fusion, einer Übernahme oder jeder anderen juristischen Umgestaltung eines zugelassenen privaten Arbeitsvermittlers informiert der umgestaltete private Arbeitsvermittler binnen Monatsfrist die Regierung per Einschreiben. Binnen drei Monaten nach Erhalt des vorerwähnten Einschreibens entscheidet die Regierung, ob die Zulassung des vorherigen privaten Arbeitsvermittlers auf den umgestalteten privaten Arbeitsvermittler vollständig oder in modifizierter Form übertragen werden kann bzw. entzogen wird. Der umgestaltete private Arbeitsvermittler kann seine Vermittlungen zumindest im Zeitraum zwischen dem Rechtsakt der Umgestaltung und der Notifizierung der Regierungsentscheidung, die per Einschreiben erfolgt, fortsetzen.

*KAPITEL III — Pflichten der privaten Arbeitsvermittler**Abschnitt 1 — Gemeinsame Pflichten der privaten Arbeitsvermittler*

Art. 11 - § 1 – Der private Arbeitsvermittler muss auch nach seiner Zulassung weiterhin die in Artikel 4 bis 6 festgelegten Bedingungen sowie zudem die nachstehenden Bedingungen einhalten:

1. keine Vermittlungen vornehmen, für die er nicht zugelassen ist;
2. die sozial-, steuer- und handelsrechtlichen Vorschriften einhalten, die auf ihn Anwendung finden;
3. keine Tätigkeiten ausüben, die durch die Konvention Nr. 9 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 10. Juli 1920 über die Vermittlung von Seeleuten, verabschiedet durch das Gesetz vom 6. September 1924, verboten sind;
4. das Gesetz vom 30. April 1999 über die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern einhalten;
5. der Regierung zwecks Analyse der Situation auf dem Arbeitsmarkt im Hinblick auf die Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis auf Nachfrage alle Informationen übermitteln, die erforderlich sind, um den Bestimmungen des Artikels 8 des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern Folge leisten zu können;
6. das für die jeweilige Art der Vermittlung geltende kollektive Arbeitsabkommen einhalten;
7. den Arbeitnehmern das Recht auf Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen nicht vorenthalten;
8. der Regierung gemäß den von ihr festgelegten Bedingungen alle Informationen übermitteln, die Änderungen seiner Rechtsform, der Zusammensetzung seiner Sozialorgane, der gesetzlichen Vertreter und der Zusammensetzung seines Kapitals betreffen, sowie ebenfalls jährlich den in § 2 des vorliegenden Artikels erwähnten Tätigkeitsbericht;
9. die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber rechtzeitig und umfassend über die Vermittlungen und deren Funktionsweise informieren;
10. die Arbeitnehmer schriftlich über die Verpflichtung informieren, beim Arbeitsamt eingetragen zu sein, um Arbeitslosenunterstützung erhalten zu können;
11. keine Informationen über die Verfügbarkeit der Arbeitnehmer erteilen, die über die gesetzliche Kontrolle dieser Verfügbarkeit hinausgehen;
12. keine fiktiven Stellenangebote zur Vermittlung anbieten;
13. personenbezogene Daten ausschließlich im Rahmen der Vorschriften zum Schutz des Privatlebens verwalten;
14. von den Arbeitnehmern keinerlei Entschädigung annehmen und ihnen keinerlei Entschädigung abverlangen, sowie die Vermittlung keinesfalls an die Bedingung, in irgendeiner Form eine Ausgabe zu tätigen, knüpfen;

15. keine Vermittlungen vornehmen, um Arbeitnehmer im Falle von Streik, Aussperrung oder Aussetzung des Arbeitsvertrages gemäß Artikel 50 und 51 des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge in einem Unternehmen zu ersetzen;

16. alle Arbeitnehmer objektiv, respektvoll und ohne Diskriminierung behandeln, vorbehaltlich der von der Regierung festgelegten positiven Aktionen zugunsten bestimmter Kategorien Arbeitnehmer;

17. in allen Vermittlungsanzeigen und direkt mit der Vermittlung verbundenen Schriftstücken die Zulassung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft als privater Arbeitsvermittler durch Angabe der Zulassungsnummer der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnen;

18. in allen direkt mit der Vermittlung verbundenen Schriftstücken für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber die Anschrift und die Telefonnummer der von der Regierung mit der Kontrolle des vorliegenden Dekretes beauftragten Stelle angeben;

19. der private Arbeitsvermittler oder einer seiner Verwalter, Geschäftsführer oder gesetzlichen Vertreter dürfen nicht rechtskräftig wegen Urkundenfälschung oder Verbrechen oder Vergehen gemäß Titel VII und IX des Strafgesetzbuches sowie wegen Straftaten gemäß Kapitel VII des vorliegenden Dekretes verurteilt sein;

20. die Zulassung nicht auf Grund von Angaben erhalten haben, die sich zwischenzeitlich als falsch, unvollständig oder unpräzise erweisen;

21. nicht mit einem privaten Arbeitsvermittler zusammenarbeiten, der nicht über eine Zulassung im Sinne des vorliegenden Dekretes verfügt;

22. jede Vermittlung mit dem Ziel vornehmen, einen schriftlichen Arbeits- oder Dienstleistungsvertrag mit dem Arbeitnehmer oder Auszubildenden abzuschließen, dessen verpflichtende Angaben jeweils von der Regierung festgelegt werden;

23. den Arbeitnehmern und Arbeitgebern vor jeder Vermittlung ein Dokument übermitteln, das die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien entsprechend den von der Regierung festgelegten Bedingungen auflistet;

24. die Vorschriften in Sachen Sprachengebrauch einhalten;

25. dem der Arbeitslosenkontrolle unterworfenen Arbeitslosen auf seine Anfrage eine Bescheinigung ausstellen, in der Datum und Uhrzeit seines Besuches beim privaten Arbeitsvermittler festgehalten sind;

26. die berufliche Kompetenz des Personals durch eine adäquate Aus- und Weiterbildung sichern, insbesondere hinsichtlich der Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt im Sinne des Dekretes vom 17. Mai 2004 bezüglich der Sicherung der Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt, der Wahrung des Berufsgeheimnisses und der Sicherheit der Arbeitnehmer. Die Regierung legt die Bedingungen für die adäquate Aus- und Weiterbildung fest.

§ 2 – Der private Arbeitsvermittler ist verpflichtet, im Rahmen der durch die Regierung festgelegten Bedingungen jedes Jahr einen Tätigkeitsbericht bei der Regierung einzureichen. Der Tätigkeitsbericht umfasst insbesondere anonymisierte Daten zu folgenden Bereichen:

1. Stellenangebote und -nachfragen;
2. Vermittlungsverträge;
3. von der Vermittlung betroffene Arbeitnehmer;
4. von der Vermittlung betroffene Arbeitgeber;
5. die vermittelten Arbeitsstellen.

Die Regierung kann zu den im vorherigen Absatz aufgelisteten Daten ergänzende Informationen anfragen. In diesem Fall darf sich die begründete Anfrage nur auf Daten beziehen, die zur Unterstützung der Arbeitsmarktpolitik beitragen.

Abschnitt 2 — Besondere Pflichten gewisser privater Arbeitsvermittler

Art. 12 - Der private Arbeitsvermittler, der Dienstleistungen gemäß Artikel 1 Nr. 2 erbringt, ist zudem gehalten, nicht anstelle des Arbeitgebers über die Einstellung oder Entlassung des Arbeitnehmers zu entscheiden und keine entsprechenden Verhandlungen zu führen.

Die Regierung legt die Bedingungen fest, unter denen der private Arbeitsvermittler im Fall einer Künstlervermittlung oder einer Sportlervermittlung gemäß Artikel 1 Nr. 8 und 9 von dieser Unterlassungspflicht, was die Führung von Verhandlungen anbelangt, entbunden werden kann.

Art. 13 - Der private Arbeitsvermittler, der Dienstleistungen gemäß Artikel 1 Nr. 3 erbringt, muss zudem folgende Bedingungen erfüllen:

1. nicht anstelle des Arbeitgebers über die Einstellung oder Entlassung des Arbeitnehmers zu entscheiden und keine entsprechenden Verhandlungen zu führen. Die Regierung legt die Bedingungen fest, unter denen der private Arbeitsvermittler im Fall einer Künstlervermittlung oder einer Sportlervermittlung gemäß Artikel 1 Nr. 8 und 9 von dieser Unterlassungspflicht, was die Führung von Verhandlungen anbelangt, entbunden werden kann;

2. im Stellenangebot die von der Regierung festgelegten Informationen aufführen;

3. die von der Regierung festzulegenden berufsethischen Regeln und das Gesetz vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens anwenden.

Art. 14 - Der private Arbeitsvermittler, der Dienstleistungen gemäß Artikel 1 Nr. 4 erbringt, ist zudem gehalten, neben den in Artikel 5 bzw. 6 aufgeführten Bedingungen, die Vorschriften in Sachen Zeitarbeit zu beachten.

Art. 15 - Der private Arbeitsvermittler, der Dienstleistungen gemäß Artikel 1 Nr. 5 erbringt, ist zudem gehalten, sich an ein von der Regierung festgelegtes Zielpublikum unter Berücksichtigung der von der Regierung festgelegten Durchführungsbedingungen zu richten.

Art. 16 - Der private Arbeitsvermittler, der Dienstleistungen gemäß Artikel 1 Nr. 6 erbringt, ist zudem gehalten, ein schriftliches Einverständnis des betroffenen Arbeitnehmers vor Beginn des Outplacement einzuholen, dessen verpflichtende Inhalte von der Regierung festgelegt werden.

KAPITEL IV — *Aussetzung und Entzug der Zulassung der privaten Arbeitsvermittler*

Art. 17 - § 1 – Die Regierung kann die Zulassung eines privaten Arbeitsvermittlers aussetzen oder entziehen, wenn dieser die in Kapitel II, Abschnitt 2 und die in Kapitel III des Dekretes erlassenen Vorschriften oder die in Ausführung des Dekretes erlassenen Vorschriften nicht beachtet. Die Regierung muss ihre Entscheidung begründen.

Die Regierung legt die Verfahren zur Aussetzung oder zum Entzug der Zulassung einschließlich der entsprechenden Einspruchsverfahren fest.

§ 2 – Sobald dem privaten Arbeitsvermittler der Entzug seiner Zulassung per Einschreiben mitgeteilt wurde, ist es ihm nicht mehr erlaubt, die vom Entzug betroffene Dienstleistung zu erbringen.

In diesem Fall kann der private Arbeitsvermittler jedoch noch die laufenden Zeitarbeitsverträge zum frühestmöglichen Zeitpunkt gemäß Gesetz vom 24. Juli 1987 über die zeitweilige Arbeit, die Aushilfsarbeit und die Leiharbeit beenden.

Art. 18 - Im Falle einer zeitweisen oder endgültigen Einstellung einer im vorliegenden Dekret erwähnten Vermittlungsdienstleistung informiert der private Arbeitsvermittler die Regierung in der von ihr festzulegenden Form.

Die Zulassung wird für die entsprechende Vermittlungsdienstleistung ausgesetzt oder entzogen.

KAPITEL V — *Arbeitskreis für Arbeitsvermittlung*

Art. 19 - § 1 – Die Regierung richtet einen «Arbeitskreis für Arbeitsvermittlung» ein.

§ 2 – Ziel des Arbeitskreises für Arbeitsvermittlung ist die Förderung der Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitsamt und den privaten Arbeitsvermittlern in folgenden Bereichen:

1. die Zusammenführung von Informationen und die Verwendung einer gemeinsamen Terminologie, um die Transparenz der Funktionsweise des Arbeitsmarktes zu verbessern;
2. der Austausch von Informationen über die Entwicklung von Stellenangeboten und -nachfragen;
3. die Planung und Durchführung gemeinsamer Projekte, insbesondere auf dem Gebiet der sozialen Integration und der beruflichen Aus- und Weiterbildung;
4. der Abschluss von Vereinbarungen über die regelmäßige Durchführung gemeinsamer Projekte;
5. die Initiativen zur gemeinsamen Aus- und Weiterbildung des Personals;
6. die regelmäßige Erörterung von Verbesserungsmöglichkeiten bei der Arbeitsvermittlung, insbesondere auf dem Gebiet der Vermittlung von Zeitarbeitnehmern und des Outplacement;
7. die Sicherstellung der Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt;
8. die Beobachtung der Umsetzung des vorliegenden Dekretes und im Bedarfsfall die Formulierung von Verbesserungsvorschlägen zu Händen der Regierung.

§ 3 – Der Arbeitskreis für Arbeitsvermittlung setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

1. ein Vertreter des für die Beschäftigung zuständigen Ministers, der den Vorsitz des Arbeitskreises für Arbeitsvermittlung inne hat;
2. drei Vertreter der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen;
3. drei Vertreter der repräsentativen Arbeitgeberorganisationen;
4. drei Vertreter des Arbeitsamtes;
5. ein Vertreter der Dienststelle für Personen mit einer Behinderung;
6. ein Vertreter des Institutes für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand;
7. ein Vertreter der Öffentlichen Sozialhilfzentren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
8. zwei Vertreter des Ministeriums, von denen einer das Sekretariat des Arbeitskreises für Arbeitsvermittlung gewährleistet;
9. drei Vertreter von einem Dachverband oder mehreren Dachverbänden privater Arbeitsvermittler.

§ 4 – Die Regierung legt die Bedingungen zur Bezeichnung der Vertreter und die Arbeitsweise des Arbeitskreises für Arbeitsvermittlung fest.

KAPITEL VI — *Kontrolle und Sanktionen*

Art. 20 - Unbeschadet der Artikel 269 bis 274 des Strafgesetzbuches werden im Rahmen des vorliegenden Dekretes mit einer Haftstrafe von acht Tagen bis zu einem Jahr und/oder einer Geldstrafe von 100 EUR bis 5.000 EUR bestraft:

1. die privaten Arbeitsvermittler, die ohne reguläre Zulassung eine Arbeitsvermittlung erbringen oder trotz Aussetzung oder Entzug der Zulassung in Anwendung von Artikel 17 ihre Tätigkeit fortführen.
2. jede Person, die Kommissionen, Beiträge, Aufnahme- oder Einschreibegebühren einfordert oder annimmt, die nicht durch das vorliegende Dekret oder seine Ausführungserlasse festgelegt sind;
3. jede Person, die die durch das vorliegende Dekret oder seine Ausführungserlasse vorgesehene Kontrolle behindert oder verhindert;
4. jede Person, die in eigenem Namen oder für einen Auftraggeber oder Vollmachtgeber Arbeitsvermittlungen erbringt, ohne die Vorschriften des vorliegenden Dekretes zu beachten.

Art. 21 - Im Wiederholungsfall kann die in Artikel 20 festgelegte Höchststrafe verdoppelt werden.

Art. 22 - Der Verwalter im Falle einer juristischen Person oder der verantwortliche private Arbeitsvermittler im Falle einer natürlichen Person haften zivilrechtlich für die Zahlung der Strafgebühren, zu der ihre Angestellten oder Vertreter verurteilt wurden.

Art. 23 - Alle Bestimmungen von Buch I des Strafgesetzbuches ausgenommen Kapitel V finden Anwendung auf die im vorliegenden Dekret vorgesehenen Straftaten.

Im Wiederholungsfall findet Artikel 85 des Strafgesetzbuches jedoch keine Anwendung.

Art. 24 - Das Gesetz vom 30. Juni 1971 über die administrativen Geldstrafen, die bei Verstößen gegen bestimmte Sozialgesetze zur Anwendung kommen, findet auf dem deutschen Sprachgebiet Anwendung auf:

1. die privaten Arbeitsvermittler, die die in Artikel 1 Nr. 1 des vorliegenden Dekretes erwähnten Dienstleistungen ohne reguläre Zulassung ausüben oder ihre Tätigkeit trotz Aussetzung oder Entzuges der Zulassung fortführen;
2. die Arbeitgeber, die in Kenntnis der Dinge einen privaten Arbeitsvermittler ohne reguläre Zulassung beauftragen;
3. die privaten Arbeitsvermittler, die die in Artikel 20 Nr. 3 erwähnten Straftaten begehen.

Die administrative Geldstrafe entspricht dem Betrag von Artikel 1 des Gesetzes vom 30. Juni 1971 und wird entsprechend Artikel 11 dieses Gesetzes multipliziert.

KAPITEL VII — *Schlussbestimmungen*

Abschnitt 1 — Aufhebungs- und Abänderungsbestimmungen

Art. 25 - Im Dekret vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Programmdekrete vom 23. Oktober 2000, 7. Januar 2002 und vom 3. Februar 2003, werden die Nrn. 6 und 8 in Artikel 2 §1 gestrichen.

Art. 26 - In demselben Dekret werden in Artikel 3 Absatz 2 die Wörter «Vermittlung von Zeitarbeitnehmern» und «Outplacement» gestrichen.

Art. 27 - In demselben Dekret wird in Artikel 2 §1 eine neue Nr. 9 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«9. Koordinierende Maßnahmen bei Massentlassungen zu ergreifen.»

Art. 28 - In demselben Dekret wird in Artikel 6 ein neuer §5bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 5bis – Die Eigenschaft als Mitglied des Verwaltungsrates ist nicht vereinbar mit einer haupt- oder nebenberuflichen Abhängigkeit von privaten Arbeitsvermittlern im Sinne des Dekretes der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Zulassung der privaten Arbeitsvermittler. Dies gilt nicht für die unter § 1 Nr. 5 bis 7 aufgeführten Mitglieder.»

Art. 29 - In demselben Dekret wird Artikel 17 durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Die gemäß Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Zulassung der privaten Arbeitsvermittler einzustellenden Tätigkeiten als Arbeitgeber von Zeitarbeitnehmern und im Rahmen des Outplacement können zur Abwicklung der laufenden Verträge und Verbindlichkeiten zwecks Berücksichtigung aller arbeits- und sozialrechtlichen Auflagen befristet durch das Arbeitsamt fortgesetzt werden.

Die Regierung legt den Zeitpunkt der definitiven Einstellung dieser Tätigkeit fest.»

Art. 30 - In Artikel 1 des Dekretes der Wallonischen Region vom 5. Februar 1998 über die Überwachung und Kontrolle bezüglich der Beachtung der Gesetzgebungen im Bereich der Beschäftigungspolitik, abgeändert durch Artikel 20, §§ 1 und 2 des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und durch Artikel 16 des Dekretes vom 17. Mai 2004 bezüglich der Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt wird die Nr. 6 wie folgt ersetzt:

«6. das Dekret über die Zulassung der privaten Arbeitsvermittler sowie dessen Ausführungserlasse.»

Art. 31 - In Artikel 2 desselben Dekretes wird die Nr. 4 wie folgt ersetzt:

«4. «Arbeitgeber»: Die Personen, die die in Nr. 2 angeführten Personen beschäftigen oder die in den Fällen und unter den Bedingungen, die durch die Gesetzgebung festgelegt werden, den Arbeitgebern gleichgestellt werden können, insbesondere diejenigen, die Zeitarbeitsvermittlung betreiben.»

Art. 32 - Das Dekret des Wallonischen Regionalrates vom 27. Juni 1991 über die Zulassung der Zeitarbeitsunternehmen und die entsprechenden Ausführungserlasse sind für das deutsche Sprachgebiet aufgehoben.

Art. 33 - Artikel 7, §§ 6 bis 8 des Gesetzes vom 28. Dezember 1944 bezüglich der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer und die entsprechenden Ausführungserlasse sind für das deutsche Sprachgebiet aufgehoben.

Art. 34 - Der Königliche Erlass vom 28. November 1975 über den Betrieb privater kostenpflichtiger Arbeitsvermittlungsbüros und der Ministerialerlass vom 1. Dezember 1975 zur Ausführung des Königlichen Erlasses vom 28. November 1975 über den Betrieb privater kostenpflichtiger Arbeitsvermittlungsbüros sind für das deutsche Sprachgebiet aufgehoben.

Art. 35 - Der Abschnitt III mit den Artikeln 44 bis 52 des Kapitels I des Titels II des Königlichen Erlasses vom 20. Dezember 1963 über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ist für das deutsche Sprachgebiet aufgehoben.

Abschnitt 2 — Übergangsbestimmungen

Art. 36 - Die Zeitarbeitsunternehmen, die im Rahmen des Dekretes des Wallonischen Regionalrates vom 27. Juni 1991 über die Zulassung der Zeitarbeitsunternehmen befristet zugelassen wurden, können nach In-Kraft-Treten des vorliegenden Dekretes weiterhin ihre Tätigkeit auf dem deutschen Sprachgebiet ausüben, bis eine Entscheidung über ihren definitiven Zulassungsantrag getroffen wurde, insofern dieser innerhalb von sechs Monaten nach In-Kraft-Treten des vorliegenden Dekretes eingereicht wurde.

Zeitarbeitsunternehmen, die im Rahmen des vorgenannten Dekretes des Wallonischen Regionalrates vom 27. Juni 1991 unbefristet zugelassen wurden, genießen im Rahmen des vorliegenden Dekretes weiterhin eine unbefristete Zulassung.

Art. 37 - Die Arbeitsvermittlungsbetriebe, die im Rahmen des Artikels 7, §§ 6 bis 8 des Gesetzlasses vom 28. Dezember 1944 zugelassen wurden, können nach In-Kraft-Treten des vorliegenden Dekretes weiterhin ihre Tätigkeit auf dem deutschen Sprachgebiet ausüben, bis eine Entscheidung über ihren Zulassungsantrag getroffen wurde, insofern dieser innerhalb von sechs Monaten nach In-Kraft-Treten des vorliegenden Dekretes eingereicht wurde.

Art. 38 - Die in Artikel 8 Nr. 6 des Königlichen Erlasses vom 28. November 1975 über den Betrieb privater kostenpflichtiger Arbeitsvermittlungsbüros, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 4. Januar 1977, vorgesehene und bei der Belgischen Nationalbank, der Depositenkasse oder der Allgemeinen Spar- und Rentenkasse hinterlegten Kauttionen sind innerhalb von drei Monaten nach In-Kraft-Treten des vorliegenden Dekretes befreit.

Abschnitt 3 — In-Kraft-Treten

Art. 39 - Das vorliegende Dekret tritt an dem durch die Regierung festgelegten Datum in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Eupen, den 18. Dezember 2006

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für lokale Behörden

B. GENTGES

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung
Soziales und Tourismus

O. PAASCH

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

I. WEYKMANS

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

—
Fußnoten

(1) *Sitzungsperiode 2006-2007.*

Dokumente des Parlamentes. — 67 (2005-2006) Nr. 1 Dekretentwurf. — 67 (2006-2007) Nr. 2-3 Abänderungsvorschläge. — 67 (2006-2007) Nr. 4 Bericht. — 67 (2006-2007) Nr. 5 Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text.

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 18. Dezember 2006.

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2007 — 1128

[C - 2007/33011]

18 DECEMBRE 2006. — Décret relatif à l'agrément des agences de placement privées (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I.^{er} — *Dispositions générales et définitions*

Article 1^{er}. Pour l'application du présent décret, l'on entend par :

1° placement : les services énumérés aux 2° à 10° du présent article, prestés ou sollicités indépendamment du vecteur de communication utilisé;

2° recherche d'emploi : le service presté par une agence de placement pour le compte d'un travailleur et ayant pour objet de lui procurer un emploi, sans que ladite agence ne devienne partie de la relation de travail pouvant résulter de ce service;

3° recrutement et sélection : les services prestés pour le compte d'un employeur, ayant pour objet l'engagement d'un travailleur;

4° placement d'intérimaires : l'occupation de travailleurs intérimaires conformément au chapitre II de la loi du 24 juillet 1987 sur le travail temporaire, le travail intérimaire et la mise de travailleurs à la disposition d'utilisateurs;

5° insertion : le service consistant à accompagner de façon intensive un travailleur en situation précaire sur le marché de l'emploi, dans la perspective de sa carrière, en tenant compte de ses capacités et connaissances individuelles en vue d'accroître ses chances d'obtenir un emploi durable;

6° outplacement : le service presté sur ordre et pour le compte d'un employeur, ayant pour objet d'aider un travailleur menacé de licenciement ou licencié à retrouver lui-même un emploi;

7° placement en formation : le service ayant pour objet de mettre en contact apprentis et employeurs en vue d'établir une relation de formation, y compris le placement de jeunes au pair;

8° placement d'artistes de spectacle : le service ayant pour objet d'aider des artistes, notamment des comédiens, chanteurs, danseurs, artistes de variétés et de cirque, mannequins, musiciens, chefs d'orchestre, chorégraphes et figurants à obtenir, contre cachet, des essais, des représentations ou des enregistrements;

9° placement de sportifs : le service ayant pour objet de placer des sportifs afin qu'ils participent à des compétitions, tournois ou championnats pour lesquels ils sont rémunérés;

10° autres services de placement : les services définis par le Gouvernement, après avis du Conseil économique et social de la Communauté germanophone;

11° agence de placement privée : la personne morale ou physique indépendante de l'Office de l'emploi au sens du 17° du présent article, qui propose ou preste elle-même ou par l'intermédiaire d'un tiers, le placement au sens du 1° du présent article, que ce soit à titre principal ou accessoire, à titre onéreux ou gratuit, en poursuivant ou non un but lucratif, pour son compte ou pour compte d'un tiers, sous quelque dénomination que ce soit, en ce compris les régies communales autonomes qui prestent des services de placement au sens de l'article 1, 16°, de l'arrêté royal du 10 avril 1995 déterminant les activités à caractère industriel ou commercial pour lesquelles le conseil communal peut créer une régie communale autonome dotée de la personnalité juridique;

12° travailleur : la personne physique prestant ou cherchant à prester une activité professionnelle sous l'autorité d'un employeur ou à titre indépendant;

13° employeur : toute personne physique ou morale faisant appel aux services prestés par une agence de placement en vue de l'engagement d'une personne ou qui, en tant qu'utilisateur, fixe les tâches d'un travailleur intérimaire ou en supervise l'exécution, ou encore qui, dans le cadre d'une relation d'apprentissage, fixe les tâches d'un apprenti et en supervise l'exécution;

14° apprenti : la personne physique qui, sous l'autorité d'un employeur, exerce des activités en vue d'acquérir une qualification professionnelle, indépendamment du fait qu'elle soit ou non soumise à l'obligation scolaire au sens de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire;

15° Conseil économique et social : le Conseil économique et social de la Communauté germanophone, tel qu'il a été créé par le décret du 26 juin 2000 portant création d'un Conseil économique et social de la Communauté germanophone;

16° Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone;

17° Office de l'emploi : l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone tel qu'il a été créé par le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone.

Art. 2. Le présent décret s'applique en région de langue allemande :

1° à tout service de placement proposé ou presté par une agence de placement privée;

2° à tout apprenti, travailleur ou employeur.

Il ne s'applique pas :

1° au placement des gens de mer conformément à la convention n° 9 concernant le placement des marins, adoptée le 10 juillet 1920 par la Conférence générale de l'organisation internationale du travail et approuvée par la loi du 6 septembre 1924;

2° au Bureau de sélection de l'Administration fédérale (SELOR);

3° aux services de recrutement des forces armées belges;

4° au placement de personnel dans le cadre du système des titres-services au sens de la loi du 20 juillet 2001 visant à favoriser le développement de services et d'emplois de proximité;

5° à la simple publication d'offres et de demandes d'emploi, indépendamment du vecteur de communication utilisé;

6° au placement d'artistes de spectacle, pour autant que ce placement soit exclusivement effectué pour un artiste ou groupe d'artistes déterminé ou pour un parent au premier degré;

7° au placement de sportifs, pour autant que ce placement soit exclusivement effectué pour un sportif ou une/des équipe(s) déterminé(s) d'un club bien précis ou pour un parent au premier degré.

CHAPITRE II. — De l'octroi de l'agrément aux agences de placement privées

Section 1re. — Dispositions générales

Art. 3. § 1^{er} - Le placement effectué par une agence de placement privée est subordonné à un agrément préalable de ladite agence par le Gouvernement, distinct par type de services.

§ 2 - Dans l'intérêt des travailleurs concernés ou dans l'optique d'une meilleure adéquation entre offre et demande d'emploi, le Gouvernement peut, après avis du Conseil économique et social, déterminer :

1° les catégories de travailleurs ou d'employeurs pour lesquelles le placement est interdit;

2° les catégories de travailleurs, d'employeurs ou d'agences de placement privées pour lesquels le placement est soumis à des conditions supplémentaires déterminées par le Gouvernement;

3° les catégories de travailleurs et les placements pour lesquels l'agence de placement privée peut accepter ou demander une quelconque indemnité de la part du travailleur moyennant son accord écrit préalable.

Section 2. — Conditions d'octroi d'agrément aux agences de placement privées

Art. 4. Pour obtenir l'agrément préalable, l'agence de placement privée qui dispose d'un établissement stable en région de langue allemande doit satisfaire aux conditions suivantes :

1° si l'agence de placement privée est une personne morale, être constituée sous la forme d'une société commerciale dont l'objet social consiste, à titre principal ou à titre accessoire, à prester des services de placement au sens de l'article 1, 1°, du présent décret, ou être enregistrée comme association sans but lucratif;

2° si l'agence de placement privée est une personne physique, être inscrite dans la Banque-Carrefour des Entreprises telle que créée par la loi du 16 janvier 2003 portant création d'une Banque-Carrefour des Entreprises;

3° ne pas se trouver en état de faillite ou d'insolvabilité notoire, ni faire l'objet d'une procédure de déclaration de faillite, ni avoir demandé ou obtenu un concordat judiciaire;

4° ne pas compter parmi ses administrateurs, gérants, mandataires ou autres personnes habilitées à représenter l'agence de placement des personnes :

a) membres du personnel ou du conseil d'administration de services publics de l'emploi;

b) qui, en vertu de la législation portant interdiction à certains condamnés et aux faillis d'exercer certaines fonctions, professions ou activités, et conférant aux tribunaux de commerce la faculté de prononcer de telles interdictions, se sont vu interdire l'exercice de telles fonctions, professions ou activités;

c) qui, pendant la période de cinq ans précédant la demande d'agrément, ont été tenues responsables des engagements ou des dettes d'une société tombée en faillite, en application des articles 229, 5°, 265, 315, 456, 4°, et 530 du Code des sociétés;

d) qui ont été privées des droits civils et/ou politiques;

e) qui, pendant la période de cinq ans précédant la demande d'agrément, ont manqué aux obligations leur assignées par le présent décret relatif à l'agrément des agences de placement privées, soit par le décret du 27 juin 1991 du Conseil régional wallon relatif à l'agrément des entreprises de travail intérimaire ou encore les dispositions légales énumérées à l'article 1 du décret du 5 février 1998 relatif à la surveillance et au contrôle des législations relatives à la politique de l'emploi ou par leurs arrêtés d'exécution;

f) qui, pendant la période de cinq ans précédant la demande d'agrément ont manqué à leurs obligations fiscales ou sociales; un plan de remboursement respecté conformément aux obligations n'est pas considéré comme une infraction aux obligations fiscales et sociales;

5° satisfaire aux conditions de compétence professionnelle déterminées par le Gouvernement pour chaque type de placement;

6° établir, sur la base d'un plan d'affaires, la viabilité financière de son projet d'activité en tant qu'agence de placement privée.

Art. 5. Pour obtenir, en région de langue allemande, l'agrément préalable pour le placement d'intérimaires, l'agence de placement privée qui dispose d'un établissement stable en région de langue allemande doit satisfaire, en plus des conditions fixées à l'article 4, aux conditions suivantes :

1° être constituée sous la forme d'une société commerciale;

2° ne pas être redevable d'arriérés d'impôts, d'arriérés de cotisations auprès de l'Office national de la sécurité sociale ou d'un fonds de sécurité d'existence. Un plan de remboursement qui est respecté conformément aux obligations, n'est toutefois pas considéré comme une infraction aux obligations fiscales et sociales.

Section 3. — Conditions d'agrément assimilées

Art. 6. § 1^{er} - Pour obtenir l'agrément préalable, l'agence de placement privée qui ne dispose pas d'un établissement stable en région de langue allemande, doit répondre aux conditions suivantes :

1° si elle dispose d'un établissement stable soit en Région de Bruxelles-Capitale, soit en Communauté flamande, soit en Région wallonne, démontrer qu'elle répond, dans la région ou communauté concernée, à des conditions d'agrément assimilées à celles fixées par le présent décret. Le Gouvernement statue sur l'assimilation;

2° si elle dispose d'un établissement stable au sein d'un état membre de l'Union européenne ou d'un état membre de l'Espace économique européen, démontrer qu'elle répond dans son pays d'origine à des conditions d'agrément assimilées à celles fixées par le présent décret. Le Gouvernement statue sur l'assimilation;

3° si elle dispose d'un établissement stable en dehors de l'Union européenne ou d'un état membre de l'Espace économique européen, satisfaire aux conditions d'agrément fixées par le présent décret et apporter la preuve qu'elle est agence de placement privée dans son pays d'origine depuis au moins deux ans.

§ 2 - Le Gouvernement peut refuser l'agrément préalable à une agence de placement privée qui ne dispose pas d'un établissement stable en région de langue allemande et exerce ses activités en tant qu'agence de placement privée principalement via Internet.

Section 4. — De la procédure d'agrément

Art. 7. § 1^{er} - L'agrément est octroyé par le Gouvernement conformément aux conditions définies dans le présent chapitre.

Le Gouvernement détermine la procédure d'agrément ainsi que les documents et justificatifs à fournir.

§ 2 - Le Gouvernement octroie l'agrément pour une durée illimitée. Dans des cas particuliers justifiés, le Gouvernement peut limiter l'agrément à une période de deux ans.

§ 3 - Toutes les décisions sont notifiées au demandeur par lettre recommandée et publiées, par extrait, au *Moniteur belge*.

Art. 8. Le demandeur fournit au Gouvernement tous les documents, pièces et informations complémentaires que ce dernier juge utiles, en vue de vérifier si les conditions d'agrément sont remplies. Le demandeur peut, sur demande écrite, être entendu par le Gouvernement.

Art. 9. Le demandeur communique au Gouvernement l'adresse en Communauté germanophone, à laquelle des documents et preuves ne pouvant pas ou que difficilement être envoyés par la poste, seront tenus à la disposition du Gouvernement pour consultation.

Art. 10. En cas de fusion, d'absorption ou de toute autre transformation juridique d'une agence de placement privée agréée, la nouvelle agence de placement privée en informe le Gouvernement par recommandé dans le mois. Dans un délai de trois mois suivant réception du recommandé susvisé, le Gouvernement décide si l'agrément valable pour l'agence précédente peut être repris dans son intégralité ou moyennant modification pour la nouvelle agence privée ou s'il doit être retiré. La nouvelle agence privée peut poursuivre ses services de placement au moins pendant la période comprise entre l'acte juridique relatif à la transformation et la notification, par recommandé, de la décision prise par le Gouvernement.

CHAPITRE III. — Des obligations à charge des agences de placement privées

Section 1^{re}. — Des obligations communes à toutes les agences de placement privées

Art. 11. § 1^{er} - Même après son agrément, l'agence de placement privée est tenue de respecter les conditions fixées aux articles 4 à 6 ainsi que les conditions supplémentaires suivantes :

1° ne pas prester des services de placement pour lesquels elle n'est pas agréée;

2° se conformer aux réglementations sociales, fiscales et commerciales qui lui sont applicables;

3° ne pas exercer d'activités interdites en vertu de la convention n° 9 concernant le placement des marins, adoptée le 10 juillet 1920 par la Conférence générale de l'Organisation internationale du travail et approuvée par la loi du 6 septembre 1924;

4° respecter la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers;

5° transmettre à la demande du Gouvernement, pour qu'il effectue une analyse de la situation sur le marché du travail en vue d'octroyer une autorisation d'occupation, toutes les informations nécessaires pour pouvoir assurer le suivi des dispositions de l'article 8 de l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers;

6° respecter la convention collective de travail applicable suivant le type de placement;

7° ne pas priver les travailleurs du droit à la liberté d'association et aux négociations collectives;

8° fournir au Gouvernement, selon les modalités déterminées par lui, toutes les informations relatives aux modifications de sa forme juridique, de la composition de ses organes sociaux, des représentants légaux, de la composition de son capital, ainsi qu'annuellement le rapport d'activités mentionné au § 2 du présent article;

9° fournir aux travailleurs et aux employeurs, en temps utile, des informations complètes concernant les services de placement et leurs modalités de fonctionnement;

10° informer par écrit les travailleurs de l'obligation d'être inscrit auprès de l'Office de l'emploi afin de pouvoir bénéficier d'allocations de chômage;

11° ne pas fournir des informations relatives à la disponibilité des travailleurs en dehors du contrôle de cette disponibilité organisé par ou en vertu de la loi;

12° ne pas proposer de placement pour des offres d'emploi fictives;

13° ne pas traiter des données à caractère personnel que dans les limites des prescriptions relatives à la protection de la vie privée;

14° ne pas accepter ou demander une quelconque indemnité de la part du travailleur, ni poser au travailleur comme condition à la fourniture de services de placement l'obligation d'engager une quelconque dépense;

15° ne pas procéder à un placement aux fins de remplacer des travailleurs dans une entreprise en cas de grève, de lock-out ou d'une suspension d'un contrat de travail conformément aux articles 50 et 51 de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail;

16° sauf actions positives déterminées par le Gouvernement en faveur de certaines catégories de travailleurs, s'engager à un traitement objectif, respectueux et non discriminatoire de tout travailleur;

17° dans toute annonce et tout écrit en matière de placement, mentionner l'agrément par la Communauté germanophone en tant qu'agence de placement privée en indiquant le numéro d'agrément;

18° dans tout document concernant directement le service de placement et adressé aux travailleurs et employeurs, mentionner l'adresse et le numéro de téléphone du service chargé, par le Gouvernement, du contrôle du présent décret;

19° l'agence de placement privée ou un de ses administrateurs, gérants ou représentants légaux ne peut pas avoir encouru une condamnation définitive du chef de faux en écriture ou de crimes ou délits, définis aux titres VII et IX du Code pénal, ainsi que du chef des infractions visées au chapitre VII du présent décret;

20° ne pas avoir obtenu l'agrément sur la base de déclarations qui entre-temps s'avèrent fausses, incomplètes ou inexactes;

21° ne pas collaborer avec une agence de placement privée qui ne dispose pas d'un agrément au sens du présent décret;

22° entreprendre tout service de placement dans l'intention de conclure avec le travailleur ou l'apprenti un contrat de travail ou de service constaté par écrit dont les mentions obligatoires sont déterminées par le Gouvernement;

23° fournir aux travailleurs et aux employeurs, préalablement à tout placement, un document fixant les droits et obligations des parties conformément aux modalités déterminées par le Gouvernement;

24° respecter les dispositions de la réglementation en matière d'emploi des langues;

25° délivrer au demandeur d'emploi soumis au contrôle du chômage, à la demande de celui-ci, une attestation mentionnant la date et l'heure de sa visite à l'agence de placement privée;

26° garantir la compétence professionnelle de son personnel par le biais d'une formation ou d'un recyclage adéquat, notamment en ce qui concerne l'égalité des chances sur le marché de l'emploi au sens du décret du 17 mai 2004 relatif à la garantie de l'égalité de traitement sur le marché du travail, le respect du secret professionnel et la sécurité des travailleurs placés; le Gouvernement fixe les conditions garantissant une formation ou un recyclage adéquat.

§ 2 - Dans le cadre des modalités fixées par le Gouvernement, l'agence de placement privée est tenue de rentrer chaque année auprès du Gouvernement un rapport d'activités; celui-ci comprend notamment des informations rendues anonymes concernant :

1° les offres et demandes d'emploi;

2° les contrats de placement;

3° les travailleurs concernés par le placement;

4° les employeurs concernés par le placement;

5° les emplois pourvus.

Le Gouvernement peut demander des informations en plus de celles énumérées à l'alinéa précédent. Dans ce cas, la demande motivée ne peut concerner que des informations qui contribuent à soutenir la politique du marché de l'emploi.

Section 2. — Des obligations spécifiques à charge de certaines agences de placement privées

Art. 12. L'agence de placement privée qui fournit des services conformément à l'article 1, 2°, est en outre tenue de ne pas se substituer à l'employeur en ce qui concerne la décision d'engagement ou de licenciement du travailleur, ainsi qu'en ce qui concerne les négociations y afférentes.

Le Gouvernement détermine les modalités auxquelles l'agence de placement privée peut, pour le placement d'artistes de spectacle ou de sportifs au sens de l'article 1, 8° et 9°, être dispensée de cette obligation d'abstention en ce qui concerne les négociations.

Art. 13. L'agence de placement privée qui fournit des prestations au sens de l'article 1, 3°, est en outre tenue de remplir les conditions suivantes :

1° ne pas se substituer à l'employeur en ce qui concerne la décision d'engagement ou de licenciement du travailleur, ainsi qu'en ce qui concerne les négociations y afférentes. Le Gouvernement détermine les modalités auxquelles l'agence de placement privée, dans le cas d'un placement d'artistes de spectacle ou de sportifs au sens de l'article 1, 8° et 9°, peut être dispensée de cette obligation d'abstention.

2° mentionner dans l'offre d'emploi les informations fixées par le Gouvernement;

3° appliquer les règles d'éthique professionnelle encore à fixer par le Gouvernement et la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée.

Art. 14. L'agence de placement privée qui fournit des services au sens de l'article 1, 4°, est en outre tenue de respecter en plus des conditions visées aux articles 5 resp. 6 la réglementation relative au travail intérimaire.

Art. 15. L'agence de placement privée qui fournit des services au sens de l'article 1, 5°, est en outre tenue de s'adresser au public cible déterminé par le Gouvernement, et ce selon les modalités d'exécution fixées par le Gouvernement.

Art. 16. L'agence de placement privée qui fournit des services au sens de l'article 1, 6°, est en outre tenue de recueillir l'accord écrit du travailleur concerné avant d'entamer l'outplacement, accord dont le contenu obligatoire est fixé par le Gouvernement.

CHAPITRE IV. — *De la suspension ou du retrait de l'agrément des agences de placement privées*

Art. 17. § 1^{er} - Le Gouvernement peut suspendre ou retirer l'agrément à l'agence de placement privée qui ne respecte pas les dispositions contenues dans le chapitre II, section 2 et le chapitre III du décret ou les dispositions adoptées en exécution du décret. Le Gouvernement doit motiver sa décision.

Le Gouvernement détermine la procédure de retrait ou de suspension de l'agrément ainsi que les procédures de recours y afférentes.

§ 2 - Dès que le retrait de son agrément lui est notifié par recommandé, l'agence de placement privée n'est plus autorisée à fournir le service concerné.

Dans ce cas, l'agence de placement privée peut toutefois, dans les plus brefs délais, mettre un terme aux contrats de travail intérimaire en cours en respectant la loi du 24 juillet 1987 sur le travail temporaire, le travail intérimaire et la mise de travailleurs à la disposition d'utilisateurs.

Art. 18. En cas de cessation temporaire ou définitive de l'un des services de placement mentionnés dans le présent décret, l'agence de placement privée avertit le Gouvernement selon la forme qu'il détermine.

L'agrément est suspendu ou retiré pour le service de placement concerné.

CHAPITRE V. — *Plate-forme « placement »*

Art. 19. § 1^{er} - Le Gouvernement institue une plate-forme « placement ».

§ 2 - La plate-forme « placement » a pour objet de promouvoir la collaboration entre l'Office de l'emploi et les agences de placement privées dans les domaines suivants :

1° le regroupement d'informations et l'utilisation d'une terminologie commune afin d'améliorer la transparence au niveau du fonctionnement du marché de l'emploi;

2° l'échange d'informations relatives à l'évolution des demandes et offres d'emploi;

3° la planification et la réalisation de projets communs, notamment dans les domaines de l'intégration sociale, de la formation professionnelle et de la formation professionnelle continue;

4° la conclusion de conventions relatives à la réalisation régulière de projets communs;

5° la prise d'initiatives en vue de mener en commun la formation et la formation continue du personnel;

6° la discussion régulière d'améliorations possibles au niveau de la recherche d'emploi, notamment en ce qui concerne le placement de travailleurs intérimaires et l'outplacement;

7° la garantie d'une égalité de traitement sur le marché de l'emploi;

8° l'observation de la transposition du présent décret et, au besoin, la formulation de propositions d'amélioration à l'attention du Gouvernement.

§ 3 - La plate-forme « placement » est composée des membres suivants :

1° un représentant du Ministre compétent en matière d'Emploi, qui assure la présidence de la plate-forme « placement »;

2° trois représentants des organisations représentatives des travailleurs;

3° trois représentants des organisations représentatives des employeurs;

4° trois représentants de l'Office de l'emploi;

5° un représentant de l'Office pour les personnes handicapées;

6° un représentant de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME;

7° un représentant des centres publics d'action sociale en Communauté germanophone;

8° deux représentants du Ministère, dont un assurant le secrétariat de la plate-forme « placement »;

9° trois représentants d'une ou de plusieurs fédérations agréées d'agences de placement privées.

§ 4 - Le Gouvernement fixe les conditions de désignation des représentants et le fonctionnement de la plate-forme « placement ».

CHAPITRE VI. — *Contrôle et sanctions*

Art. 20. Sans préjudice des articles 269 à 274 du Code pénal, sont punis d'un emprisonnement de huit jours à un an et/ou d'une amende de 100 EUR à 5.000 EUR dans le cadre du présent décret :

1° les agences de placement privées qui fournissent des services de recherche d'emploi sans agrément régulier ou poursuivent leurs activités malgré une suspension ou un retrait de l'agrément en application de l'article 17;

2° toute personne qui réclame ou accepte des commissions, cotisations, droits d'admission ou d'inscription autres que ceux déterminés par le présent décret ou ses arrêtés d'exécution;

3° toute personne qui empêche ou entrave le contrôle prévu par le présent décret ou ses arrêtés d'exécution;

4° toute personne qui assure une recherche d'emploi en méconnaissance des règles fixées par le présent décret, que ce soit en nom propre ou pour le compte d'un commettant ou d'un mandant.

Art. 21. En cas de récidive, la peine maximale visée à l'article 20 peut être doublée.

Art. 22. L'administrateur, dans le cas d'une personne morale, ou le responsable de l'agence de placement privée, dans le cas d'une personne physique, est civilement responsable du paiement des amendes pénales auxquelles sont condamnés ses préposés ou représentants.

Art. 23. Toutes les dispositions du livre Ier du Code pénal, à l'exception du chapitre V, s'appliquent aux infractions prévues dans le présent décret.

L'article 85 du Code pénal ne sera toutefois pas d'application en cas de récidive.

Art. 24. La loi du 30 juin 1971 relative aux amendes administratives applicables en cas d'infraction à certaines lois sociales s'applique en région de langue allemande :

1° aux agences de placement privées qui fournissent, sans agrément régulier, les services mentionnés à l'article 1, 1°, du présent décret ou poursuivent leurs activités malgré une suspension ou un retrait d'agrément;

2° aux employeurs qui font appel, en connaissance de cause, à une agence de placement privée qui n'a pas obtenu d'agrément régulier;

3° aux agences de placement privées qui commettent les infractions mentionnées à l'article 20, 3°.

Le montant de l'amende administrative correspond à celui mentionné à l'article 1^{er} de la loi du 30 juin 1971 précitée et est multiplié conformément à l'article 11 de ladite loi.

CHAPITRE VII. — *Dispositions finales*

Section 1^{re}. — Dispositions abrogatoires et modificatives

Art. 25. Dans le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone, modifié par les décrets-programmes des 23 octobre 2000, 7 janvier 2002 et 3 février 2003, les 6° et 8° de l'article 2, § 1, sont supprimés.

Art. 26. Dans l'article 3, alinéa 2, du même décret, le passage « le placement d'intérimaires » et les mots « le remplacement » sont supprimés.

Art. 27. Dans l'article 2, § 1, du même décret, il est inséré un nouveau 9°, libellé comme suit :

« 9° de prendre des mesures de coordination en cas de licenciement collectif. »

Art. 28. Dans l'article 6 du même décret, il est inséré un nouveau § 5bis, libellé comme suit :

« § 5bis - La qualité de membre du conseil d'administration est incompatible avec une activité à titre principal ou accessoire exercée auprès d'agences de placement privées au sens du décret de la Communauté germanophone relatif à l'agrément des agences de placement privées. Ceci ne vaut pas pour les membres visés au § 1, 5° à 7°. »

Art. 29. Dans le même décret, l'article 17 est remplacé par la disposition suivante :

« Les activités exercées en tant qu'employeur de travailleurs intérimaires et les activités d'outplacement devant être interrompues conformément au décret de la Communauté germanophone relatif à l'agrément des agences de placement privées peuvent être poursuivies par l'Office de l'emploi pendant une période déterminée pour mettre un terme aux contrats et engagements en cours, et ce afin de respecter toutes les règles de droit du travail et de droit social.

Le Gouvernement détermine le moment où ces activités doivent cesser définitivement. »

Art. 30. Dans l'article 1 du décret de la Région wallonne du 5 février 1998 relatif à la surveillance et au contrôle des législations relatives à la politique de l'emploi, modifié par l'article 20, §§ 1 et 2, du décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone et par l'article 16 du décret du 17 mai 2004 relatif à la garantie de l'égalité de traitement sur le marché du travail, le 6° est remplacé comme suit :

« 6° le décret relatif à l'agrément des agences de placement privées ainsi que ses arrêtés d'exécution; »

Art. 31. Dans l'article 2 du même décret, le 4° est remplacé comme suit :

« 4° « employeurs » : les personnes qui occupent les personnes visées au 2° ou qui sont assimilées aux employeurs dans les cas et les conditions déterminés par la législation et notamment celles qui s'occupent du placement d'intérimaires; »

Art. 32. Le décret du Conseil régional wallon du 27 juin 1991 relatif à l'agrément des entreprises de travail intérimaire et ses arrêtés d'exécution sont abrogés pour ce qui concerne la région de langue allemande.

Art. 33. L'article 7, §§ 6 à 8, de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs et les arrêtés d'exécution correspondants sont abrogés pour ce qui concerne la région de langue allemande.

Art. 34. L'arrêté royal du 28 novembre 1975 relatif à l'exploitation des bureaux de placement payants et l'arrêté ministériel du 1^{er} décembre 1975 pris en exécution de l'arrêté royal du 28 novembre 1975 relatif à l'exploitation des bureaux de placement payants sont abrogés pour ce qui concerne la région de langue allemande.

Art. 35. Au titre II, chapitre I, de l'arrêté royal du 20 décembre 1963 relatif à l'emploi et au chômage, la section III, comprenant les articles 44 à 52, est abrogée pour ce qui concerne la région de langue allemande.

Section 2. — Dispositions transitoires

Art. 36. Les entreprises de travail intérimaire qui ont été agréées pour une période déterminée en vertu du décret du Conseil régional wallon du 27 juin 1991 relatif à l'agrément des entreprises de travail intérimaire peuvent poursuivre leurs activités en région de langue allemande après l'entrée en vigueur du présent décret jusqu'à ce qu'une décision ait été prise sur leur demande d'agrément définitif, à condition d'introduire celle-ci dans les six mois à dater de l'entrée en vigueur du présent décret.

Les entreprises de travail intérimaire qui ont été agréées pour une durée indéterminée en vertu du décret du Conseil régional wallon du 27 juin 1991 précité continuent à bénéficier d'un agrément d'une durée indéterminée dans le cadre du présent décret.

Art. 37. Les bureaux de placement qui ont été agréés en vertu de l'article 7, §§ 6 à 8, de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 peuvent poursuivre leurs activités en région de langue allemande après l'entrée en vigueur du présent décret jusqu'à ce qu'une décision ait été prise sur leur demande d'agrément définitif, à condition d'introduire celle-ci dans les six mois à dater de l'entrée en vigueur du présent décret.

Art. 38. Les cautionnements visés à l'article 8, 6°, de l'arrêté royal du 28 novembre 1975 relatif à l'exploitation des bureaux de placement payants, modifié par l'arrêté royal du 4 janvier 1977, et déposés à la Banque Nationale de Belgique, à la Caisse des dépôts et consignations ou à la Caisse générale d'épargne et de retraite, sont libérés dans les trois mois de l'entrée en vigueur du présent décret.

Section 3. — Entrée en vigueur

Art. 39. Le présent décret entre en vigueur à la date fixée par le Gouvernement.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au Moniteur Belge.

Donné à Eupen, le 18 décembre 2006.

K.-H. LAMBERTZ

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Pouvoirs locaux

B. GENTGES

Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi,
des Affaires sociales et du Tourisme

O. PAASCH

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique

I. WEYKMANS

Ministre de la Culture et des Médias,
de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports

Notes

(1) *Session 2006-2007.*

Documents du Parlement. — 67 (2006-2007) n° 1 : Projet de décret. — 67 (2006-2007) n° 2-3 : Propositions d'amendement. — 67 (2006-2007) n° 4 : Rapport. — 67 (2006-2007) n° 5 : Propositions d'amendement relatives au texte adopté par la commission.

Rapport intégral. — Discussion et vote. Séance du 18 décembre 2006.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2007 — 1128

[C - 2007/33011]

18 DECEMBER 2006. — Decreet betreffende de erkenning van de privé-arbeidsbemiddelingsbureaus (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen en definities*

Artikel 1. Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1° arbeidsbemiddeling : de dienstverleningen opgesomd onder de nummers 2° tot en met 10° van dit artikel of het verzoek erom, ongeacht het gebruikte communicatiekanaal;

2° zoek naar een arbeidsplaats : de in opdracht van een werknemer uitgevoerde dienstverlening waarvan het doel erin bestaat werk te vinden voor de werknemer en waarbij het arbeidsbemiddelingsbureau niet aan de arbeidsbetrekking deelneemt die daaruit zou kunnen voortvloeien;

3° werving en selectie : de dienstverlening waarbij in opdracht van een werkgever een werknemer in dienst genomen wordt;

4° uitzendarbeid : de tewerkstelling van uitzendwerknemers overeenkomstig hoofdstuk II van de wet van 24 juli 1987 betreffende de tijdelijke arbeid, de uitzendarbeid en het ter beschikking stellen van werknemers ten behoeve van gebruikers;

5° inschakeling : de dienstverlening die erin bestaat een werknemer die zich op de arbeidsmarkt in een precare toestand bevindt, met het oog op zijn beroepsloopbaan intensief te begeleiden, waarbij rekening wordt gehouden met zijn persoonlijke bekwaamheid en kennis om zijn kansen op een duurzame werkgelegenheid te vergroten;

6° outplacement : de dienstverlening in opdracht en financieel ten laste van een werkgever waarvan het doel erin bestaat een ontslagen of met ontslag bedreigde werknemer te helpen om zelf een nieuwe baan te vinden;

7° zoek naar opleiding : de dienstverlening waarvan het doel erin bestaat leerlingen, met inbegrip van de au pairs, in contact met werkgevers te brengen teneinde een opleidingsbetrekking te scheppen;

8° bemiddeling van schouwspelartiesten : de dienstverlening waarvan het doel erin bestaat de artiesten en inzonderheid de schouwspelers, zangers, dansers, circus- en variété-artiesten, mannequins, musici, orkestleiders, choreografen en figuranten tests, voorstellingen of opnames tegen gages te verkrijgen;

9° bemiddeling van sportlui : de dienstverlening waarvan het doel erin bestaat sportlui te bemiddelen teneinde ze aan wedstrijden, tornooien en kampioenschappen deelnemen waarvoor ze betaald worden;

10° andere arbeidsbemiddelingen : de dienstverleningen die door de Regering na advies van de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap worden vastgelegd;

11° privé arbeidsbemiddelingsbureau : de rechts- of de natuurlijke persoon die van de Dienst voor arbeidsbemiddeling bedoeld onder 17° onafhankelijk is, zelf of door de tussenkomst van derden, voor zichzelf of in opdracht van derden, als hoofd- of nevenactiviteit, onder bezwarende titel of om niet, al dan niet met winstoogmerk, de arbeidsbemiddeling bedoeld onder 1°, ongeacht de benaming ervan, aanbiedt of uitvoert. Worden erin begrepen de autonome gemeentebedrijven die dienstverleningen op het gebied van de arbeidsbemiddeling verstrekken in de zin van artikel 1, 16°, van het koninklijk besluit van 10 april 1995 tot bepaling van de activiteiten van industriële of commerciële aard waarvoor de gemeenteraad een autonoom gemeentebedrijf met rechtspersoonlijkheid kan oprichten;

12° werknemer : de natuurlijke persoon die een beroepsactiviteit onder het gezag van een werkgever of als zelfstandige uitoefent of wenst uit te oefenen;

13° werkgever : elke natuurlijke of rechtspersoon die met het oog op de indienstneming van een persoon een beroep doet op de dienstverleningen van een arbeidsbemiddelingsbureau of die als gebruiker de taken van een uitzendkracht vastlegt en de uitvoering ervan superviseert of die, in het kader van een leerbetrekking de taken van een leerling vastlegt en de uitvoering ervan superviseert;

14° leerling : de natuurlijke persoon die onder het gezag van een werkgever activiteiten uitoefent met het oog op het verwerven van een beroepsbekwaamheid, ongeacht het feit dat zij al dan niet onderworpen is aan de leerplicht in de zin van de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht;

15° Sociaal-Economische Raad : de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, zoals opgericht bij het decreet van 26 juni 2000 houdende oprichting van een Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap;

16° Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;

17° Dienst voor arbeidsbemiddeling : de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap, zoals opgericht bij het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 2. Dit decreet is in het Duitse taalgebied van toepassing op :

1° elke door een privé arbeidsbemiddelingsbureau aangeboden of verstrekte bemiddelingsdienst;

2° elke leerling, werknemer en werkgever.

Het is niet van toepassing op :

1° de bemiddeling van zeelieden krachtens de overeenkomst nr. 9 betreffende bemiddeling van zeelieden, aangenomen op 10 juli 1920 door de Algemene Conferentie van de Internationale Arbeidsorganisatie en goedgekeurd bij de wet van 6 september 1924;

2° het selectiebureau van de federale overheid (SELOR);

3° de recruiteringsdiensten van de Belgische strijdkrachten;

4° de arbeidsbemiddeling van personeel in het kader van de dienstencheques in de zin van de wet van 20 juli 2001 tot bevordering van buurtdiensten en -banen;

5° de eenvoudige publicatie van werkaanbiedingen en -aanvragen, ongeacht het gebruikte communicatiekanaal;

6° de bemiddeling van schouwspelartiesten, voor zover de bemiddeling uitsluitend voor een bepaalde schouwspeler, voor een bepaalde groep schouwspelers of voor een verwant in de eerste graad geschiedt;

7° de bemiddeling van sportlui voor zover de bemiddeling uitsluitend voor een bepaalde sportbeoefenaar, voor een bepaalde groep sportbeoefenaars of voor een verwant in de eerste graad geschiedt.

HOOFDSTUK II. — *Toekenning van de erkenning aan de privé arbeidsbemiddelingsbureaus*

Afdeling 1. — Algemene bepalingen

Art. 3. § 1 - De arbeidsbemiddeling door een privé arbeidsbemiddelingsbureau is ondergeschikt aan een voorafgaande erkenning van het privé arbeidsbemiddelingsbureau door de Regering, naargelang het soort dienstverlening.

§ 2 - In het belang van de betrokken werknemers of met het oog op een betere afstemming van werkaanbieding en -aanvraag, en na advies van de Sociaal-Economische Raad, kan de Regering het volgende bepalen :

1° de categorieën werknemers of werkgevers waarvoor de arbeidsbemiddeling verboden is;

2° de categorieën werknemers, werkgevers of privé arbeidsbemiddelingsbureaus waarvoor de arbeidsbemiddeling aan bijkomende door de Regering vastgelegde specifieke voorwaarden onderworpen is;

3° de categorieën werknemers en bemiddelingsdiensten waarvoor het privé arbeidsbemiddelingsbureau een vergoeding van welke aard dan ook zijdens de werknemer kan aanvaarden of vragen, mits diens voorafgaande schriftelijke toestemming.

Afdeling 2. — Erkenningsvoorwaarden voor privé arbeidsbemiddelingsbureaus

Art. 4. Om vooraf erkend te worden, dient het privé arbeidsbemiddelingsbureau dat in het Duitse taalgebied over een vaste inrichting beschikt, aan de volgende voorwaarden te voldoen :

1° als het privé arbeidsbemiddelingsbureau een rechtspersoon is, opgericht zijn in de vorm van een handelsvennootschap, wiens maatschappelijk doel erin bestaat bemiddelingsdiensten in de zin van artikel 1, 1°, van dit decreet als hoofd- of nevenactiviteit te verlenen, of als vereniging zonder winstoogmerk ingeschreven zijn;

2° als het privé arbeidsbemiddelingsbureau een natuurlijke persoon is, ingeschreven zijn in de Kruispuntbank van Ondernemingen, zoals opgericht bij de wet van 16 januari 2003 tot oprichting van een Kruispuntbank van Ondernemingen;

3° niet in staat van faillissement of van kennelijk onvermogen verkeren, noch het voorwerp uitmaken van een procedure tot faillietverklaring, noch een gerechtelijk akkoord hebben aangevraagd of verkregen;

4° onder de bestuurders, zaakvoerders, lasthebbers of andere personen bevoegd om het privé arbeidsbemiddelingsbureau te vertegenwoordigen, geen personen tellen :

a) die behoren tot het personeel of tot de leden van de beheerraad van openbare tewerkstellingsdiensten;

b) aan wie het uitoefenen van dergelijke ambten, beroepen of werkzaamheden verboden is krachtens de wetgeving waarbij aan bepaalde veroordeelden en aan de gefailleerden verbod wordt opgelegd bepaalde ambten, beroepen of werkzaamheden uit te oefenen en waarbij aan de rechtbanken van koophandel de bevoegdheid wordt toegekend een dergelijk verbod uit te spreken;

c) die tijdens de periode van vijf jaar voorafgaand aan de aanvraag tot erkenning, aansprakelijk zijn gesteld voor de verbintenissen of schulden van een gefailleerde vennootschap, bij toepassing van de artikelen 229, 5°, 265, 315, 456, 4°, en 530 van het Wetboek van vennootschappen;

d) aan wie burgerrechten en/of politieke rechten zijn ontnomen;

e) die tijdens de periode van vijf jaar voorafgaand aan de aanvraag tot erkenning de verplichtingen hun opgelegd bij dit decreet betreffende de erkenning van privé arbeidsbemiddelingsbureaus, bij het decreet van de Waalse Gewestraad van 27 juni 1991 betreffende de erkenning van uitzendbureaus, of bij de wettelijke bepalingen opgenomen in artikel 1 van het decreet van 5 februari 1998 betreffende het toezicht en de controle op de wetgeving inzake het werkgelegenheidsbeleid of de uitvoeringsbesluiten ervan niet zijn nagekomen;

f) die tijdens de periode van vijf jaar voorafgaand aan de aanvraag tot erkenning hun fiscale en sociale verplichtingen niet zijn nagekomen; het bestaan van een behoorlijk nageleefd afbetalingsplan wordt echter niet als een overtreding van de sociale en fiscale verplichtingen beschouwd.

5° aan de voorwaarden inzake beroepsbekwaamheid voldoen, die door de Regering zijn bepaald naar gelang het soort bemiddelingsdienst;

6° de financiële leefbaarheid van het beoogde project inzake privé arbeidsbemiddeling aantonen door middel van zijn businessplan.

Art. 5. Om in het Duitse taalgebied vooraf erkend te worden voor uitzendarbeid, dient het privé arbeidsbemiddelingsbureau dat in het Duitse taalgebied over een vaste inrichting beschikt, naast de in artikel 4 vastgelegde voorwaarden, aan de volgende bijkomende voorwaarden te voldoen :

1° opgericht zijn in de vorm van een handelsvennootschap;

2° geen achterstallige belastingen, noch achterstallige bijdragen aan de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid of aan een bestaanszekerheidsfonds verschuldigd zijn. Een terugbetalingsplan dat volgens de opgelegde verplichtingen nageleefd wordt, wordt echter niet beschouwd als overtreding tegen de fiscale en sociale verplichtingen.

Afdeling 3. — Gelijkgestelde erkenningsvoorwaarden

Art. 6. § 1 - Om vooraf erkend te worden, dient het privé arbeidsbemiddelingsbureau dat in het Duitse taalgebied niet over een vaste inrichting beschikt, aan volgende voorwaarden te voldoen :

1° als het over een vaste inrichting in het Brussels Hoofdstedelijk Gewest, in de Vlaamse Gemeenschap of in het Waalse Gewest beschikt, aantonen dat het op dat grondgebied aan erkenningsvoorwaarden voldoet die met de voorwaarden bepaald bij dit decreet gelijkgesteld worden. De Regering beslist over de gelijkstelling;

2° als het over een vaste inrichting in een lid-Staat van de Europese Unie of van de Europese Economische Ruimte beschikt, aantonen dat het in zijn land van oorsprong aan erkenningsvoorwaarden voldoet die met de voorwaarden bepaald bij dit decreet gelijkgesteld worden. De Regering beslist over de gelijkstelling;

3° als het over een vaste inrichting buiten de Europese Unie of buiten een lid-Staat van de Europese Economische Ruimte beschikt, aantonen dat het aan de erkenningsvoorwaarden bepaald bij dit decreet voldoet en het bewijs leveren dat het in zijn land van oorsprong sinds ten minste twee jaar als privé arbeidsbemiddelingsbureau fungeert.

§ 2 - De Regering kan de voorafgaande erkenning weigeren aan een privé arbeidsbemiddelingsbureau dat in het Duitse taalgebied niet over een vaste inrichting beschikt en zijn activiteiten als privé arbeidsbemiddelingsbureau hoofdzakelijk via Internet verricht.

Afdeling 4. — Erkenningsprocedure

Art. 7. § 1 - De erkenning wordt door de Regering verleend, overeenkomstig de voorwaarden omschreven in dit hoofdstuk.

De Regering bepaalt de erkenningsprocedure en de documenten en bewijsstukken die dienen te worden voorgelegd.

§ 2 - De Regering kent de erkenning voor een onbeperkte duur toe. In gerechtvaardigde individuele gevallen kan de Regering de erkenning tot een periode van twee jaar beperken.

§ 3 - Alle beslissingen worden de aanvragers per aangetekende brief medegedeeld en bij wijze van uittreksel in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt.

Art. 8. De aanvrager verstrekt aan de Regering alle aanvullende documenten, bewijsstukken en inlichtingen die door laatstgenoemde dienstig worden geacht om te controleren of de erkenningsvoorwaarden al dan niet vervuld zijn. De aanvrager kan er schriftelijk om verzoeken door de Regering gehoord te worden.

Art. 9. De aanvrager deelt de Regering het adres in de Duitstalige Gemeenschap mede waar hij de documenten die niet of moeilijk per post kunnen worden toegezonden, ter inzage ter beschikking van de Regering stelt.

Art. 10. Bij samensmelting, opslorping of enige andere juridische omvorming van een erkend privé arbeidsbemiddelingsbureau wordt de Regering binnen de maand door het nieuwe privé bureau per aangetekende brief erover ingelicht. Binnen drie maanden na de ontvangst van de bovenvermelde aangetekende brief beslist de Regering of de erkenning van het vroegere arbeidsbemiddelingsbureau voor het nieuwe privé bureau integraal of mits wijzigingen kan worden overgenomen of moet worden ingetrokken. Het nieuwe privé bureau mag zijn bemiddelingsdiensten voortzetten, ten minste tijdens de periode tussen de rechtshandeling m.b.t. de omvorming en de kennisgeving - per aangetekende brief - van de door de Regering genomen beslissing.

HOOFDSTUK III. — *Verplichtingen opgelegd aan de privé arbeidsbemiddelingsbureaus*

Afdeling 1. — Verplichtingen die voor alle privé arbeidsbemiddelingsbureaus gelden

Art. 11. § 1 - Zelfs na zijn erkenning is het privé arbeidsbemiddelingsbureau ertoe verplicht de voorwaarden bedoeld in de artikelen 4 tot en met 6, evenals de volgende bijkomende voorwaarden na te leven :

1° geen enkele bemiddelingsdienst verlenen waarvoor het geen erkenning heeft gekregen;

2° de op hem toepasselijke regelgeving in sociale, fiscale en koophandelsaangelegenheden naleven;

3° geen activiteiten uitoefenen die verboden zijn krachtens de overeenkomst nr. 9 betreffende de bemiddeling van zeelieden, aangenomen op 10 juli 1920 door de Algemene Conferentie van de Internationale Arbeidsorganisatie en goedgekeurd bij de wet van 6 september 1924;

4° de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers naleven;

5° op verzoek van de Regering alle inlichtingen meedelen die nodig zijn voor de toepassing van de bepalingen van artikel 8 van het koninklijk besluit van 9 juni 1999 houdende de uitvoering van de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers, teneinde een analyse van de arbeidsmarkt uit te voeren met het oog op het verlenen van een arbeidsvergunning;

6° de collectieve arbeidsovereenkomst naleven die geldt volgens het soort bemiddelingsdienst;

7° de werknemers het recht op vrijheid van vereniging en op collectief overleg niet ontnemen;

8° de Regering op de door haar bepaalde wijze alle inlichtingen verstrekken met betrekking tot de wijziging van diens rechtsvorm, van de samenstelling van diens maatschappelijke organen, in de personen bevoegd om het te vertegenwoordigen, in de samenstelling van diens kapitaal, alsmede jaarlijks het activiteitenverslag bedoeld in § 2 van voorliggend artikel bezorgen;

9° de werknemers en werkgevers tijdig volledige inlichtingen verstrekken over de bemiddelingsdiensten en de wijze waarop ze verstrekt worden;

10° de werknemers schriftelijk informeren over de verplichting bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling ingeschreven te zijn om werkloosheidsuitkeringen te mogen verkrijgen;

11° geen inlichtingen verstrekken over de beschikbaarheid van de werknemers buiten de controle op die beschikbaarheid waarin bij of krachtens de wet is voorzien;

12° geen bemiddeling aanbieden voor fictieve vacatures;

13° persoonsgegevens slechts binnen de perken bepaald bij de regelgeving inzake de bescherming van de private levenssfeer behandelen;

14° geen enkele vergoeding aanvaarden of vragen van de werknemer, noch de werknemer als voorwaarde voor de bemiddelingsdienst de verplichting opleggen om uitgaven van welke aard dan ook te verrichten;

15° geen arbeidsbemiddeling uitvoeren om werknemers te vervangen in een bedrijf in geval van staking, lock-out of schorsing van een arbeidscontract zoals bedoeld in de artikelen 50 en 51 van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten;

16° behoudens positieve acties bepaald door de Regering ten gunste van bepaalde werknemerscategorieën zich ertoe verbinden om alle werknemers op een objectieve, respectvolle en niet-discriminerende wijze te behandelen;

17° in elk aanbod en in elk document m.b.t. een bemiddeling de erkenning door de Duitstalige Gemeenschap als privé arbeidsbemiddelingsbureau vermelden door het erkenningsnummer aan te geven;

18° in elk document dat in direct verband met de bemiddelingsdienst staat en aan de werknemers en werkgevers gericht is, het adres en de telefoonnummer van de dienst vermelden die door de Regering met de controle op de naleving van voorliggend decreet belast is;

19° geen definitieve veroordeling wegens valsheid in geschriften of wegens misdaden en wanbedrijven bepaald in de titels VII en IX van het Strafwetboek noch wegens de overtredingen bedoeld in hoofdstuk VII van voorliggend decreet, als privé arbeidsbemiddelingsbureau of als bestuurder, zaakvoerder of lasthebber ervan oplopen;

20° geen erkenning hebben gekregen op grond van verklaringen die sindsdien vals, onvolledig of onjuist blijken;

21° niet samenwerken met een privé arbeidsbemiddelingsbureau dat niet over een met dit decreet overeenstemmende erkenning beschikt;

22° elke arbeidsbemiddeling uitvoeren met de bedoeling om een arbeidsovereenkomst of dienstencontract met de werknemer of leerling schriftelijk af te sluiten waarvan de verplichte vermeldingen door de Regering worden bepaald;

23° de werknemers en werkgevers, vóór elke arbeidsbemiddeling, een document verstrekken waarin de rechten en de verplichtingen van de partijen overeenkomstig de door de Regering bepaalde modaliteiten worden vastgesteld;

24° de bepalingen van de regelgeving inzake taalgebruik naleven;

25° aan de werkzoekende die onder de werkloosheidscontrole valt en erom verzoekt een attest verstrekken waarin datum en uur van diens bezoek aan het privé arbeidsbemiddelingsbureau worden vermeld;

26° voor de professionele bekwaamheid van zijn personeel zorgen door in een geschikte opleiding of bijscholing te voorzien, meer bepaald inzake de naleving van de regels over de gelijke behandeling op de arbeidsmarkt in de zin van het decreet van 17 mei 2004 betreffende de garantie van een gelijke behandeling op de arbeidsmarkt, het beroepsgeheim en de veiligheid van de bemiddelde werknemers. De Regering bepaalt de voorwaarden voor een geschikte opleiding of bijscholing.

§ 2 - In het kader van de door de Regering vastgelegde modaliteiten is het privé arbeidsbemiddelingsbureau ertoe verplicht elk jaar bij de Regering een activiteitenverslag in te dienen; dit verslag vermeldt o.a. anonieme gegevens m.b.t.

1° de werkaanbiedingen en -aanvragen;

2° de arbeidsbemiddelingsovereenkomsten;

3° de door de arbeidsbemiddeling betrokken werknemers;

4° de door de arbeidsbemiddeling betrokken werkgevers;

5° de vacatures waarin er voorzien wordt.

Naast de in het voorafgaande lid opgesomde inlichtingen kan de Regering om bijkomende informatie verzoeken. In dit geval mag het met redenen omkleed verzoek slechts inlichtingen betreffen die ertoe bijdragen het werkgelegenheidsbeleid te ondersteunen.

Afdeling 2. — Specifieke verplichtingen opgelegd aan bepaalde privé arbeidsbemiddelingsbureaus

Art. 12. Het privé arbeidsbemiddelingsbureau dat de in artikel 1, 2°, bedoelde diensten verstrekt, is er daarenboven toe verplicht om niet in plaats van de werkgever op te treden, wat de aanwervings- of ontslagbeslissing of de onderhandelingen daaromtrent betreft.

De Regering bepaalt de modaliteiten waaronder de privé arbeidsbemiddelingsbureaus, bij de arbeidsbemiddeling van schouwspelartiesten of sportlui in de zin van artikel 1, 8° en 9°, van deze onthoudingsplicht kunnen worden vrijgesteld, wat de onderhandelingen betreft.

Art. 13. Het privé arbeidsbemiddelingsbureau dat de in artikel 1, 3°, bedoelde diensten verstrekt, is er daarenboven toe verplicht aan volgende voorwaarden te voldoen :

1° niet in plaats van de werkgever optreden, wat de aanwervings- of ontslagbeslissing of de onderhandelingen daaromtrent betreft. De Regering bepaalt de modaliteiten waaronder de privé arbeidsbemiddelingsbureaus bij de arbeidsbemiddeling van schouwspelartiesten of sportlui in de zin van artikel 1, 8° en 9°, van deze onthoudingsplicht kunnen worden vrijgesteld, wat de onderhandelingen betreft.

2° in de werkaanbieding de door de Regering bepaalde inlichtingen vermelden;

3° de regels die door de Regering inzake beroepsethiek moeten worden bepaald en de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer naleven.

Art. 14. Het privé arbeidsbemiddelingsbureau dat de in artikel 1, 4°, bedoelde diensten verstrekt, is er daarenboven toe verplicht om naast de voorwaarden bedoeld bij artikel 5 resp. 6 ook de regelgeving inzake uitzendarbeid na te leven.

Art. 15. Het privé arbeidsbemiddelingsbureau dat de in artikel 1, 5°, bedoelde diensten verstrekt, is er daarenboven toe verplicht om zich aan het door de Regering bepaalde doelpubliek te richten, en dit overeenkomstig de door de Regering vastgelegde uitvoeringsmodaliteiten.

Art. 16. Het privé arbeidsbemiddelingsbureau dat de in artikel 1, 6°, bedoelde diensten verstrekt, is er daarenboven toe verplicht om de outplacementopdracht enkel aan te vatten als de betrokken werknemer vooraf schriftelijk zijn instemming heeft gegeven; de verplichte inhoud van deze instemming wordt door de Regering bepaald.

HOOFDSTUK IV. — *Schorsing of intrekking van de erkenning als privé arbeidsbemiddelingsbureau*

Art. 17. § 1 - De Regering kan de erkenning van een privé arbeidsbemiddelingsbureau dat de bepalingen van hoofdstuk II, afdeling 2, en van hoofdstuk III van dit decreet of de bepalingen aangenomen in uitvoering van dit decreet niet naleeft, schorsen of intrekken. De Regering moet haar beslissing met redenen omkleeden.

De Regering bepaalt de procedure voor de schorsing of intrekking van de erkenning alsmede de desbetreffende beroepsprocedures.

§ 2 - Zodra door aangetekende brief kennis is gegeven van de intrekking van de erkenning, mag het privé arbeidsbemiddelingsbureau de betrokken dienstverlening niet meer verstrekken.

In dat geval mag het privé arbeidsbemiddelingsbureau de arbeidsovereenkomst van de uitzendkrachten echter zo snel mogelijk een einde maken overeenkomstig de wet van 24 juli 1987 betreffende de tijdelijke arbeid, de uitzendarbeid en het ter beschikking stellen van werknemers ten behoeve van gebruikers.

Art. 18. Indien de verstrekking van één der bemiddelingsdiensten bedoeld in dit decreet tijdelijk of definitief wordt stopgezet, verwittigt het privé arbeidsbemiddelingsbureau de Regering op de door laatstgenoemde bepaalde wijze.

De erkenning wordt geschorst of ingetrokken voor de dienstverlening waarvan sprake.

HOOFDSTUK V. — *Platform « Arbeidsbemiddeling »*

Art. 19. § 1 - De Regering richt een platform « Arbeidsbemiddeling » op.

§ 2 - Het platform heeft als doel de samenwerking tussen de Dienst voor arbeidsbemiddeling en de privé arbeidsbemiddelingsbureaus op de volgende gebieden te bevorderen :

1° de hergroepering van inlichtingen en het gebruik van een gemeenschappelijke terminologie, teneinde de transparantie te vergroten op het niveau van de werking van de arbeidsmarkt;

2° de uitwisseling van inlichtingen m.b.t. de ontwikkeling van de werkaanbiedingen en -aanvragen;

3° de programmatie en verwezenlijking van gezamenlijke projecten, inzonderheid op het gebied van de sociale integratie en van de beroepsopleiding en voortgezette beroepsopleiding;

4° het afsluiten van overeenkomsten m.b.t. de regelmatige verwezenlijking van gezamenlijke projecten;

5° het nemen van initiatieven om samen voor de opleiding en voortgezette opleiding van het personeel te zorgen;

6° het regelmatig overleg wat de op het vlak van de zoek naar een arbeidsplaats mogelijke verbeteringen betreft, vooral inzake arbeidsbemiddeling voor uitzendkrachten en outplacement;

7° de garantie van een gelijke behandeling op de arbeidsmarkt;

8° de observatie van de omzetting van het decreet en, desnoods, het formuleren van verbeteringsvoorstellen ter attentie van de Regering.

§ 3 - Het platform « Arbeidsbemiddeling » bestaat uit de volgende leden :

1° één vertegenwoordiger van de Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid die het voorzitterschap van het platform waarneemt;

2° drie vertegenwoordigers van de representatieve werknemersorganisaties;

3° drie vertegenwoordigers van de representatieve werkgeversorganisaties;

4° drie vertegenwoordigers van de Dienst voor arbeidsbemiddeling;

5° één vertegenwoordiger van de Dienst voor de personen met een handicap;

6° één vertegenwoordiger van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's;

7° één vertegenwoordiger van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn in de Duitstalige Gemeenschap;

8° twee vertegenwoordigers van het Ministerie, onder wie één belast is met het secretariaat van het platform « Arbeidsbemiddeling »;

9° drie vertegenwoordigers van één of meerdere erkende koppelverenigingen van privé arbeidsbemiddelingsbureaus.

§ 4 - De Regering legt de voorwaarden m.b.t. de aanwijzing van de vertegenwoordigers en de werkwijze van het platform « Arbeidsbemiddeling » vast.

HOOFDSTUK VI. — *Controle en straffen*

Art. 20. Onverminderd de artikelen 269 tot en met 274 van het Strafwetboek worden, met toepassing van dit decreet, bestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot één jaar en/of een geldboete van 100 EUR tot 5.000 EUR :

1° de privé arbeidsbemiddelingsbureaus die zonder regelmatige erkenning op het vlak van de zoek naar een arbeidsplaats dienstverleningen verstrekken of hun activiteiten voortzetten ondanks schorsing of intrekking van de erkenning met toepassing van artikel 17;

2° elke persoon die andere commissies, bijdragen, toelatings- of inschrijvingsrechten vordert of aanneemt dan die bepaald bij dit decreet of diens uitvoeringsbesluiten;

3° elke persoon die de bij dit decreet of diens uitvoeringsbesluiten bepaalde controles verhindert of belemmert;

4° elke persoon die op het vlak van de zoek naar een arbeidsplaats dienstverleningen verstrekt zonder de voorschriften bepaald bij dit decreet na te leven, zij het in eigen naam of in opdracht van een opdrachtgever of lastgever.

Art. 21. In geval van herhaling kan de maximale straf bedoeld in artikel 20 verdubbeld worden.

Art. 22. De bestuurder, voor een rechtspersoon, of de verantwoordelijke van het privé arbeidsbemiddelingsbureau, voor een natuurlijke persoon, zijn burgerlijk aansprakelijk voor de betaling van de strafrechtelijke geldboetes waartoe hun aangestelden of vertegenwoordigers veroordeeld worden.

Art. 23. Alle bepalingen van boek I van het Strafwetboek, met uitzondering van hoofdstuk V, zijn van toepassing op de overtredingen bepaald in dit decreet.

In geval van herhaling is artikel 85 van het Strafwetboek echter niet van toepassing.

Art. 24. De wet van 30 juni 1971 betreffende de administratieve geldboetes die van toepassing zijn op overtredingen op bepaalde sociale wetten is in het Duitse taalgebied van toepassing op :

1° de privé arbeidsbemiddelingsbureaus die de dienstverleningen bedoeld in artikel 1, 1°, van dit decreet verstrekken zonder over een regelmatige erkenning te beschikken, of die hun activiteiten voortzetten ondanks een schorsing of intrekking van de erkenning;

2° de werkgevers die met kennis van zaken een beroep doen op een privé arbeidsbemiddelingsbureau dat geen regelmatige erkenning heeft gekregen;

3° de privé arbeidsbemiddelingsbureaus die de overtredingen vermeld in artikel 20, 3°, begaan.

Het bedrag van de administratieve geldboete stemt overeen met het bedrag bedoeld in artikel 1 van de wet van 30 juni 1971 en wordt overeenkomstig artikel 11 van deze wet vermenigvuldigd.

HOOFDSTUK VII. — *Slotbepalingen**Afdeling 1. — Opheffings- en wijzigingsbepalingen*

Art. 25. In artikel 2, § 1, van het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de programmadecreten van 23 oktober 2000, 7 januari 2002 en 3 februari 2003, worden de 6° en 8° geschrapt.

Art. 26. In artikel 3, lid 2, van hetzelfde decreet worden de woorden « de plaatsing van uitzendkrachten, » en « , het outplacement » geschrapt.

Art. 27. In hetzelfde decreet wordt in artikel 2, § 1, een nieuw 9° ingevoegd, luidend als volgt :

« 9° coördinatiemaatregelen te nemen in geval van collectief ontslag. »

Art. 28. In artikel 6 van hetzelfde decreet wordt een nieuw § 5bis ingevoegd, luidend als volgt :

« § 5bis - De hoedanigheid van lid van de beheerraad is onverenigbaar met de uitoefening van een hoofd- of bijbetrekking bij een privé arbeidsbemiddelingsbureau in de zin van het decreet van de Duitstalige Gemeenschap betreffende de erkenning van privé arbeidsbemiddelingsbureaus. Dit geldt niet voor de leden bedoeld in § 1, 5° tot 7°. »

Art. 29. In hetzelfde decreet wordt artikel 17 door de volgende bepaling vervangen :

« De activiteiten als werkgever van uitzendkrachten en de activiteiten m.b.t. het outplacement die overeenkomstig het decreet van de Duitstalige Gemeenschap betreffende de erkenning van privé arbeidsbemiddelingsbureaus moeten worden stopgezet, mogen met het oog op de naleving van alle regels van het arbeidsrecht en van het sociaal recht tijdens een beperkte duur door de Dienst voor arbeidsbemiddeling worden voortgezet om aan lopende overeenkomsten en verbintenissen een einde te maken.

De Regering bepaalt het ogenblik, waar deze activiteiten definitief worden stopgezet. »

Art. 30. In artikel 1 van het decreet van het Waalse Gewest van 5 februari 1998 houdende toezicht en controle op de naleving van de wetgeving betreffende het tewerkstellingsbeleid, gewijzigd bij artikel 20, §§ 1 en 2, van het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap en bij artikel 16 van het decreet van 17 mei 2004 betreffende de garantie van een gelijke behandeling op de arbeidsmarkt, wordt 6° vervangen als volgt :

« 6° het decreet betreffende de erkenning van privé arbeidsbemiddelingsbureaus en diens uitvoeringsbesluiten; »

Art. 31. In artikel 2 van hetzelfde decreet wordt 4° vervangen als volgt :

« 4° « werkgever » : de personen die de personen bedoeld onder 2° tewerkstellen of die gelijkgesteld worden met de werkgevers in de gevallen en onder de voorwaarden bepaald bij de wetgeving, in het bijzonder degenen die dienstverlening inzake uitzendarbeid verstrekken. ».

Art. 32. Het decreet van de Waalse Gewestraad van 27 juni 1991 betreffende de erkenning van uitzendbureaus en diens uitvoeringsbepalingen worden opgeheven, wat het Duitse taalgebied betreft.

Art. 33. Artikel 7, §§ 6 tot en met 8, van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders en diens uitvoeringsbepalingen worden opgeheven, wat het Duitse taalgebied betreft.

Art. 34. Het koninklijk besluit van 28 november 1975 betreffende de exploitatie van bureaus voor arbeidsbemiddeling tegen betaling en het ministerieel besluit van 1 december 1975 tot uitvoering van het koninklijk besluit van 28 november 1975 betreffende de exploitatie van de bureaus voor arbeidsbemiddeling tegen betaling worden opgeheven, wat het Duitse taalgebied betreft.

Art. 35. In hoofdstuk I, titel II, van het koninklijk besluit van 20 december 1963 betreffende de arbeidsvoorziening en de werkloosheid wordt de afdeling III, die de artikelen 44 tot 52 omvat, opgeheven, wat het Duitse taalgebied betreft.

Afdeling 2. — Overgangsbepalingen

Art. 36. De uitzendbureaus die voor een beperkte duur erkend zijn krachtens het decreet van de Waalse Gewestraad van 27 juni 1991 betreffende de erkenning van uitzendbureaus, mogen na inwerkingtreding van dit decreet hun bedrijvigheid in het Duitse taalgebied blijven uitoefenen totdat er een beslissing is getroffen over hun erkenningsaanvraag, op voorwaarde dat die aanvraag ingediend wordt binnen een termijn van zes maanden na de inwerkingtreding van dit decreet.

De uitzendbureaus die voor een onbeperkte duur erkend zijn krachtens het decreet van de Waalse Gewestraad van 27 juni 1991 blijven een erkenning van onbeperkte duur genieten in het kader van dit decreet.

Art. 37. De arbeidsbemiddelingsbureaus erkend krachtens artikel 7, §§ 6 tot en met 8, van de besluitwet van 28 december 1944, mogen na inwerkingtreding van dit decreet hun bedrijvigheid in het Duitse taalgebied blijven uitoefenen totdat er een beslissing is getroffen over hun erkenningsaanvraag, op voorwaarde dat die aanvraag ingediend wordt binnen een termijn van zes maanden na de inwerkingtreding van dit decreet.

Art. 38. De borgsommen bedoeld in artikel 8, 6°, van het koninklijk besluit van 28 november 1975 betreffende de exploitatie van bureaus voor arbeidsbemiddeling tegen betaling, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 4 januari 1977, en die bij de Nationale Bank van België, bij de Deposito- en Consignatiekas of bij de Algemene Spaar- en Lijrentekas gestort zijn, worden vrijgegeven binnen de drie maanden na inwerkingtreding van dit decreet.

Afdeling 3. — Inwerkingtreding

Art. 39. Dit decreet treedt in werking op de door de Regering vastgestelde datum.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Gegeven te Eupen op 18 december 2006.

K.-H. LAMBERTZ

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme

O. PAASCH

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

I. WEYKMANS

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

—
Nota's

(1) *Zitting 2006-2007.*

Bescheiden van het Parlement. — 67 (2006-2007) Nr 1 : Ontwerp van decreet. — 67 (2006-2007) Nr 2-3 : Voorstellen tot wijziging. — 67 (2006-2007) Nr 4 : Verslag. — 67 (2006-2007) Nr 5 : Voorstellen tot wijziging betreffende de tekst aangenomen door de commissie.

Integraal verslag. — Discussie en aanneming. Zitting van 18 december 2006.